

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsheftigen Wochen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 23. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Seemanns-Ordnung.

In der 15. Sitzung der jetzt geschlossenen Session des Reichstags am 21. Januar 1899 erklärte der Staatssekretär Graf Posadowsky auf eine Anfrage nach dem Stand der seit Jahren in Aussicht gestellten Novelle zur Seemanns-Ordnung, daß der Entwurf einer neuen Seemanns-Ordnung „abgeschlossen“ sei und würde noch diesem Reichstag vorgelegt werden können, wenn nicht „geschäftliche Gründe“ dagegen sprächen, ihn noch in der laufenden Session mit der „wichtigen und umfangreichen Materie“ zu belasten. Dafür aber werde sie „sofort nach Beginn der neuen Session dem hohen Hause“ vorgelegt werden.

Wie hat nun der edle Graf sein Versprechen eingelöst? Der Reichstag trat am 15. November wieder zusammen. Ende Dezember ging der am 21. Januar schon „abgeschlossene“ Entwurf dem Bundesrat zu, laut Publikation im „Reichs-Anzeiger“ und ca. drei Monate später, ausgangs März und kurz vor Beginn der Osterferien wurde diese „wichtige und umfangreiche Materie“ dem „hohen Hause“ unterbreitet.

Als am 21. Januar 1899 erschien es dem Herrn Grafen schon zu spät, Ende März 1900 aber noch früh genug, diese „wichtige und umfangreiche Materie“ in der laufenden Session zum Abschluß zu bringen, wie er sich in der 176. Sitzung am 26. März bei der ersten Lesung des Entwurfs äußerte.

Jeder Abgeordnete, der mit der Materie vertraut war, nicht nur, sondern jeder, der den Entwurf auch nur einer oberflächlichen Prüfung unterzog, mußte sich dagegen sagen, daß an eine Fertigstellung bei der damaligen Geschäftslage gar nicht zu denken war. Und so ist es denn auch gekommen. Der Entwurf ist unter den Tisch gefallen.

Die mit der Beratung beauftragte, aus 21 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission hat es in den abgehaltenen 15 Sitzungen nur bis zum 59. der 122 Paragraphen der Seemanns-Ordnung gebracht und hat dann am 22. Mai die weitere Beratung als völlig aussichtslos aufgegeben. Es ist durchaus verständlich, wie die Regierung dazu gekommen ist, die Vorlage so spät einzubringen, da ihr doch die durchaus berechtigten Ausstellungen der seemannsmässigen Arbeiter nicht allein, sondern auch die der Kapitäne und Schiffsoffiziere bekannt waren, und sie sich sagen mußte, daß bei der Fülle von Einwendungen die Kommission lange Zeit auf die Prüfung derselben verwenden müßte. Es erweckt fast den Anschein, als habe Graf Posadowsky sich der Hoffnung hingeeben, die Kommission werde weniger gewissenhaft verfahren und unter Ablehnung aller Änderungsanträge die Regierungsvorlage unverändert annehmen.

Das ist nun aber nicht geschehen. Im Gegenteil, die Kommission hat sämtliche 108 Änderungsanträge, von welcher Seite sie auch kamen, einer eingehenden Diskussion unterzogen und mehrere davon angenommen, so daß der durchberatene Teil sein wesentliches Aussehen erhielt wie in der Regierungsvorlage.

Von den eingebrachten Änderungsanträgen, die sämtlich Verbesserungen im Sinn der Seeleute bezweckten, entfällt der größere Teil, nämlich 68 auf die socialdemokratischen Kommissionsmitglieder, als die berufenen Vertreter der seemannsmässigen Arbeiter.

Die dadurch herbeigeführten Verbesserungen sind zum guten Teil von tief einschneidender Bedeutung für die Seeleute, wie nachstehender Uebersicht erkennen läßt.

Eine der ersten Forderungen der Seeleute betrifft die Umwandlung der Seemanns-Kemter in Zuland in See-Schöffengerichte. Diese Forderung wird nur dann verständlich, wenn man weiß, daß in einigen Bundesstaaten, darunter Bremen und Hamburg, das Seemanns-Gesetz aus einer Person, dem Wasserhau — einem ehemaligen Kapitän — besteht. Dieser „Herr Seemanns-Kemter“ hat nun selbstherrlich zu entscheiden im Streitfällen zwischen den Kapitänen und den Schiffleuten über Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur, sondern auch in Strafsachen bei Disziplinarvergehen der Mannschaft. Da nun eine Anzahl von Entscheidungen dieser Herren-Seemannsäemter viel weniger den Grundlag: „streng aber gerecht“, als vielmehr den entgegengelegten: „wenn nicht gerecht, so doch streng“ als Richtschnur erkennen lassen, so wird man verstehen, aus welchen Gründen die Seeleute ein aus mehreren Personen bestehendes Gericht fordern. Nun, die Kommission hat diese Forderung als berechtigt anerkannt und beschlossen, daß der Vertreter des Seemannsamt bei Erledigung von Strafsachen zwei sachverständige Schöffen hinzuzuziehen habe, wovon einer ein befahrener Seemann sein oder gewesen sein muß.

Von wesentlicher Bedeutung ist auch der die Zulassung der Seelen zu sehr verhaltenen „freien Vereinbarungen“ und „besonderen Verabredungen“ einschränkende Beschluß der Kommission, der also lautet:

„Die Vorschriften der Seemanns-Ordnung sind, soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung ausdrücklich zugelassen ist, der Abänderung durch Vertrag entzogen.“ Ferner ist die Arbeitszeit in tropischen Häfen von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt und die Löhne und Lade-Arbeiten im In- und Ausland an Sonn- und Festtagen verboten.

Weiter ist die dreiteilige Woche auf Dampfern in großer transatlantischer Fahrt für das Maschinenpersonal und die Schiffsoffiziere beschlossen worden, d. h. auf vierstündige Arbeit hat eine achtstündige Ruhepause zu folgen.

Anerkannt wurde ferner durch einen diesbezüglichen Beschluß die Forderung der Seeleute auf Zulassung des Anspruchs auf Feuer (Kohn), Kost und Logis vom Tage der Annüsterung bezw. des Dienstantritts, wenn dieser vor der Annüsterung erfolgt, bis zum Tage der Annüsterung, sowie die kostenfreie Vermittelung von Geldsendungen der Seeleute in die Heimat durch die Seemannsäemter im In- und Auslande. Desgleichen das Recht auf die durch die etwa während der Reise verminderte Mannschaft ersparte Feuer für die bedürftigere Mannschaft wie auf Vergütung bei infolge mangelhafter oder verbotener Provianten erlittenen Entbehrungen.

Als eine wesentliche Verbesserung darf ferner hervorgehoben werden die Verpflichtung des Bundesrats zum Erlaß von Bestimmungen betreffend Einrichtung von Wäsche- und Waderäumen namentlich auf Dampfschiffen.

Auch der Beschluß ist von hoher Bedeutung, der die Seemanns-Kemter verpflichtet, bei erhöhten Besätzen der Schiffsmannschaft über die Verantwortlichkeit des Schiffs, die Beschaffenheit des Proviantes etc. außer erreichbaren Sachverständigen auch die Besatzungsleiter hinzuzuziehen.

Dies sind in kurzen die schmerzlichsten Verbesserungen, zu welchen aber noch eine Reihe minder bedeutungsvoller hinzu kommen, die aber trotzdem für die seemannsmässigen Proletarier wertvoll sind.

Abgelehnt als Paragraph zur Seemanns-Ordnung aber als Resolution angenommen wurde auch noch folgender socialdemokratischer Antrag:

„Jedes Schiff ist vor seiner Ausreise aus einem deutschen Hafen vom Seeamt einer Prüfung darüber zu unterziehen, ob das Schiff in fertigen Zustande, gehörig eingerichtet und ausgerüstet, gehörig bemant und verproviantiert ist, ob die Vorräte an Speisen und Getränken genügend und in gutem Zustande sind, ob die Gerätschaften zum Laden und Löschen tüchtig, ob Stauung nach Seemannsgebrauch gehörig, ob das Schiff überladen ist, ob es mit dem nötigen Ballast und der erforderlichen Garnierung versehen ist. Vorhandene Mängel hat das Seeamt abzustellen und bis zur Abstellung der Erinnerungen das Auslaufen des Schiffs zu verhindern.“

Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit es dem mächtigen Einfluß der Herren Reeder bei der „maßgebenden Stelle“ gelingen wird, diese Kommissionsbeschlüsse wieder zu Fall zu bringen, so daß sie seitens der Regierung bei der dem Reichstag in der nächsten Session aus neue zu unterbreitenden Vorlage unberücksichtigt bleiben würden. Im Interesse der seemannsmässigen Arbeiter aber wäre zu wünschen, daß nicht nur die bereits beschlossenen Änderungen aufrecht erhalten blieben, sondern daß auch der noch übrige Teil der Seemanns-Ordnung in entsprechender Weise umgestaltet und der also in der That verbesserte Entwurf vom Reichstag zum Gesetz erhoben würde. Dann erst wäre die Seemanns-Ordnung was sie sein soll und muß: ein Gesetz zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und des Rechts unserer braven Seeleute.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Die weiße Gefahr.

Die Barbarei der europäischen Civilisation, über die Professor Förster so eindringliche Vorworte geschrieben hat, spiegelt sich besonders scharf in dem Verhalten der deutschen Presse zu den chinesischen Wirren. Es sind ausschließlich die socialdemokratischen Blätter, die am Rastlos der Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit die Ereignisse sicher und ohne jedwedes Schwanken beurteilen. Die bürgerliche Presse hingegen taumelt in einem fast unzurechnungsfähigen Zustande, in dem sich Unwissenheit, Ungewißheit, Großsprechererei und dumpe Angst vereinigt.

In ihrer Not versuchen es einzelne Organe über uns herzufallen und gegen uns ein nationales Entrüstungstürmchen anzublasen. Die Herren wählen den Augenblick sehr unglücklich und sie kennen die öffentliche Stimmung in Deutschland sehr schlecht, die in der schmerzlichen Verwirrung ein deutliches Gerüst über die bloße Politik der fetten Abenteuerer, der phantastischen Phrasen, der Schneidigkeit, der verblendet-gierigen Ausbeutung und der Konsequenzen-Furcht ahnt. Das lächerlich-heldennüßige, großsprecherische-leere Wesen, das der Südrangose Daudet an seinen Landbesitzern im Typus des Tartarin verpöhtet, ist in den letzten Jahren zum Naturall unserer reichsdeutschen weltpolitischen Elemente geworden.

Nichts läßlicher als die großmüthige Feigheit, mit der etwa die „Münchener Allgemeine Zeitung“ in einer langen Polemik gegen die Haltung des „Vorwärts“ in der chinesischen Frage die Verantwortung Deutschlands für die jetzigen Vorgänge zu vertuschen sucht! Erst mit solchen Gebarden die rassende Weltmachtspolitik feiern und fördern, und dann, wenn sich die Folgen zeigen, die Hände in Unschuld waschen, dafür aber die beschimpfen, die den Mut der Wahrheit haben.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ meint, wir hätten die leitenden deutschen Kreise als die eigentlichen Urheber des im äußersten Osten ausgebrochenen Kampfes dem Wüthen und der Mißachtung der civilisierten Welt denungiert. Halten wir euktwilen das wertvolle Geständnis fest, daß unter der Voraussetzung, die in Kiautschou geübte gepanzerte-Faust-Politik bilde die erste Ursache des jetzigen Voger-Kustands, dann der Abscheu und die Mißachtung der civilisierten Welt gegen Deutschland notwendig und natürlich sei. Das Münchener Blatt bestreitet nun diese Voraussetzung:

„Wollte man im Ausland über die Art und Weise, in der chinesische Vorgänge deutscherseits beurteilt werden, nicht irrtliche Anschauungen aufkommen lassen... so muß man sie mit dürren Worten als das bezeichnen, was sie sind: als bewußte und gewollte grobe Lügen und systematische Entstellungen, die nur zum Zweck der Irreführung, der öffentlichen Meinung in die Welt gesetzt würden, als einen Ausfluß der von Grund aus unterlandstendlichen Gesinnung ihres Urheber und zugleich als einen dreisten Versuch, den deutschen Kaiser, der das Wort von der gepanzerten Faust einst gesprochen, urbi und orbi (der Welt) als einen rücksichtslosen Stürmer und Dränger, als einen Störer des Weltfriedens zu denunzieren. Die Socialdemokratie hat mit tiefem Ingrimm in die Verabschiedung des Gesetzes zur Verstärkung unsrer maritimen Wehrkraft sich finden müssen; sie hat mit schmerzlichen Verdruck konstatiert (??), daß die kottenfreundlichen Ideen des Kaisers bis in die Reihen ihrer sonstigen Bahntreuer hinein Anklang und Verständnis fanden, und so sucht sie nun durch die Schmähungen und Verdächtigungen der kaiserlichen Politik sich Revanche zu verschaffen.“

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hat den sehr unkonstitutionellen Geschmack, die Person des Kaisers vorzulieben. In ihre Angriffe aber gelten nicht der kaiserlichen Politik, die es in unserem konstitutionellen Bundesstaat verfassungsmäßig nicht gibt, sondern der Politik der verantwortlichen Regierung.

Die Wahrheit unserer Behauptung aber entkräftet das Münchener reichsoffizielle Organ nicht dadurch, daß es sie verleumdend als eine wissenschaftliche Unwahrheit schmählt. Wir begnügen uns, ein Zeugnis

für unsre Anschauung beizubringen, dem auch die „Münchener Allgemeine Zeitung“ die Glaubwürdigkeit nicht ganz wird absprechen können.

Bischof Anzer, der Leiter der deutschen Mission in China, schreibt:

„Vor der Besetzung von Kiautschou erkannte sich die Mission beim Volke ebenso wie bei der Regierung des besten Auf. Die Mandarine selbst haben nicht selten in offener Form der Mission ihre Anerkennung ausgesprochen, und die kaiserliche Regierung in Peking hat seiner Zeit durch die Verleihung eines hohen Rangtitels dieses anerkennende Zeugnis offiziell bestätigt. Anders allerdings wurde die Sache nach der Besetzung von Kiautschou. Man konnte seit der Zeit hier und da von Mandarinen und Gelehrten abfällige Urteile über die Mission vernehmen... Während früher, vor der Besetzung von Kiautschou, die Mandarine, im allgemeinen gesprochen, sich nicht genug thun konnten im Lobe Deutschlands, kann man seit dieser Zeit nicht selten die gröslichsten Anschuldigungen und geschäftigsten Gerüchte über unsre deutschen Landbesitzer und insbesondere über Kiautschou vernehmen. Die katholische Mission von Schantung kann trotz ihrer Jugend schon auf eine Vergangenheit und Erfahrung von nahezu zwei Jahrzehnten zurückblicken. Gewiß hatten wir während eines so langen Zeitraums oft über Unruhen und Verfolgungen zu berichten. Jedoch dieselben zeigten in der Zeit vor der Besetzung von Kiautschou einen ganz andern Charakter, wie die Unruhen, welche wir nach der Besetzung zu übersehen hatten. Vor der Besetzung von Kiautschou waren dieselben, wenn in ihrem Verlaufe noch so kümmerlich, doch immer nur beschränkter lokaler Natur und waren meistens rasch beigelegt. Nach der Besetzung von Kiautschou handelte es sich nicht mehr um lokale Ausbrüche des Fremdenhasses, sondern um eine allgemeine, gegen die ganze Mission als solche plannmäßig in Scene geführte und von den Beamten beschickte Verfolgung, um eine plannmäßige Vernichtung des Christentums. Der erste und bedeutendste Grund der Verfolgung war also die Besetzung von Kiautschou. Die Einnahme von Kiautschou war für den chinesischen Nationalstolz eine tief schmerzende Wunde. Fort Arthur, Weihaiwei, die demütigenden Zeitungsprojekte von einer bevorstehenden Teilung Chinas, alles das diente für die Chinesen von Kiautschou her. Wenn auch das gewöhnliche Volk derartigen politischen Entwicklungen kein großes Interesse entgegenbringt, so empfanden doch die gebildeten Chinesen und namentlich die Mandarine aus tiefster die Schmach und Finnen, wie das selbstverständlich, auf eine geeignete Gelegenheit zur Rache. Für den politisch ungebildeten Durchschnitts-Chinesen bilden alle Ausländer ein solides Ganze: „die fremden Teufel.“ Und da der Missionar nicht selten der einzige Fremde ist, welcher seit Jahren in seinem Geschäftsfelde erscheint, so macht er diesen und seine Christen, „die Teufel zweiten Rangs“, für alles verantwortlich, was immer von Ausländern geschieht; ebenso für die Besetzung von Kiautschou wie für jede Ohrsäge, die irgend ein Europäer einem gaffen Chinesen applizierte. Wie aber die gebildeten Chinesen, die Mandarine, denken, das hat mir der Gouverneur Pählens von Schantung selbst offen erklärt. Weil die Missionare ermordet wurden, deshalb sind die Deutschen gekommen, darum Kiautschou und alles, was darauf folgte. „Du hast die Deutschen gerufen“, sagte mir der genannte Gouverneur; „wären keine deutschen Missionare und keine von ihnen geleiteten Christen in Schantung, so wäre Kiautschou, Fort Arthur usw. nicht in fremde Hände gekommen. Ihr seid Schuld an allem.“ Die Besetzung von Kiautschou ist also nach dem Zeugnis dieses Bischofs, dessen Sachverständigkeit niemand bezweifeln kann, die Ursache des auflockernden Fremdenhasses. In der That, wenn die christlichen Missionare von dem Evangelium der Liebe reden und die Lha ken der Deutschen dem Evangelium der gepanzerten Faust entsprechen, dann müssen die Chinesen glauben, daß die christliche Lehre, so wie sie die Missionare vortragen, eitel Humbug und Scheuerei sei, daß die Missionare folglich nur verkappte Sendboten des mordlustigen Hades seien.“

Auch der „Reichsbote“ bekennt die Schuld Europas, wenn er auch vorsichtigerweise von einem allgemeinen europäischen Verschulden redet:

„Es ist sehr zu befürchten, daß die Oer der Europäer um eines Augenblicksvorteils willen in einen circulus vitiosus hinein gerät, der die gerechte Strafe für die Unerschlichkeit wäre. Ueberhaupt haben ja die Europäer — die Wahrheit erfordert, dies einzugehen — China gegenüber monchs auf dem Gewissen. Der englische „Opiumkrieg“ ist eine der größten Schändlichkeiten der Geschichte, und der schwindelhafte Kaffhandel in dem portugiesischen Macao ist auch gerade kein Ruhmesblatt für die europäische Menschheit. Statt China mit Gewalt zu „erschließen“, hätte man es lieber sich selber überlassen und nur der Missionstätigkeit öffnen sollen.“

Freilich nach der Logik der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ hätten die Boeren, anstatt den Einfall Jamesons bewaffnet abzuwehren, ihn zurufen sollen: Lieber Jameson, Du bist die überlegene Kultur, sei so freundlich, erobere uns und richte Dich bei uns nach Gesetzen ein. Da die Boeren aber nicht so kultiviert waren, hätten die europäischen Mächte gemeinsam dem Jameson zu Hilfe eilen müssen. Statt dessen kam bekanntlich das Kaisertelegramm an Ohm Krüger.

Wir haben wahrlich keinen Anlaß, hochmütig auf die chinesische Rückständigkeit herabzublicken, wenn ein „vornehmes“ deutsches Blatt durch derlei Unfluthungen den europäischen Geist prostituiert.

Ein neues Flottenprogramm.

Den „Berl. Neuest. Nachr.“, dem Blatte der Panzerplatten-Lieferanten, dienen die chinesischen Por-

gänge zum geeigneten Anlaß neuer waghaltiger Marineforderungen. Das Kruppblatt sieht neue Marinewerksdienstleistungen:

Unbedingt werden die Folgen der jetzt sich im Golf von Persien abspielenden Ereignisse für die nahe Zukunft eine Befestigung der ostasiatischen Station — und zwar so stark wie nur möglich — erfordern. Wir haben vor einigen Tagen bereits darauf hingewiesen, daß auch die Auslandflotte notwendig ein Vintengeschwader, zum mindesten eine Vintendivision haben muß. Die zunächst liegende Sorge aber ist es, das Landungsboot zu vergrößern, das jetzt noch durch die beiden Seebataillone zu vergrößert werden soll. Schon seit Jahr und Tag haben wir darauf hingewiesen, daß in Ostasien auch einige Torpedoboote — und zwar Hochseebote — dringend am Platze sind. Das Fehlen derartiger schneller und seetüchtiger Fahrzeuge in der Hand des Chefs des Kreuzergeschwaders macht sich jetzt bitter fühlbar. Denn bei dem Vorhandensein solcher Fahrzeuge könnten dieselben den Ordnung- und Depeschendienst zwischen Takahedo und Tschifu versehen, nachdem die Drahtverbindungen aufgehört haben, man in der Heimat ohne die Nachrichten über die jüngsten Ereignisse ist und durch die Verhältnisse gezwungen wurde, erst einen Postschiffdienst zwischen den vorgenannten Plätzen zu organisieren.

Die chinesischen Wirren werden nicht nur unser Marine- und Armeeverwaltung, sondern der ganzen Nation noch manche wichtige Lehren vor Augen führen, die unbedingt werden beherzigt werden müssen, wenn wir bei derartigen Ereignissen unseren Platz an der Sonne behaupten wollen! Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an das Vorhandensein größerer Kriegsmächter für die Truppen zur Verwendung im Tropendienst usw.

Das jüngst bewilligte Flottenprogramm forderte zwei Panzergeschwader, 19 Linienfahrzeuge a 25 Millionen Mark zur Sicherung Deutschlands gegen andere Seemächte in den deutschen Meeren. Die „Weltpolitik“ verfolgt aber, wie wir stets sagten, „höhere Ziele“. Jetzt setzt bereits die Propaganda für Schaffung einer ganzen Schlachtflotte ein, die dauernd in den ostasiatischen Wassern stationiert bleiben soll. Die Augen werden dem deutschen Volk noch übergehen, wenn erst alle Konsequenzen der Hansdampf-in-allem-Meeren-Politik hervortreten werden. Wenn man in China Krieg führen will, wenn man um des chinesischen „Sonnenplatzes“ willen sich in Konflikte mit anderen Seemächten einlassen will, dann wird man freilich ins Ungemessene Schiffe und Soldaten in jene Fernen entsenden müssen. Und Ostasien ist nur ein „Platz an der Sonne“, wir haben deren noch mehrere, bereits recht viele, in Afrika und im Stillen Ozean. Auf den „Plätzen an der Sonne“ wird noch manch Hundert Millionen aus den Taschen der deutschen Steuerzahler zerschmolzen werden.

Der Krieg in China.

Auch die neuesten Nachrichten aus China deuten nicht auf ein Abflauen der fremdenfeindlichen Bewegung hin. Die gewaltigen Rüstungen der Mächte beweisen hinlänglich, daß man sich auf einen langwierigen und schweren Feldzug gefaßt macht. Die optimistische Auffassung, daß man doch nur mit einem Aufstand der Vögel, einer Revolte des „Pöbels“, zu thun habe, zu dessen Niederwerfung das schneidige Vorgehen einiger Tausend Soldaten ausreicht, weicht in den Blättern mehr und mehr der Auffassung, daß es sich diesmal um einen veritablen Krieg gegen China handle, der eine ungewöhnliche Machtentfaltung der Mächte erfordere. Obwohl die Erstürmung der Forts von Taku die Kriegserklärung in aller Form bedeutet, ist es bisher von den Mächten ängstlich bemißbraucht worden, gegen China offiziell den Krieg zu erklären. Man sucht den auffallenden Widerspruch, daß man China ganz als feindliche Macht behandelt, chinesische Festungen erstürmt, chinesische Hauptstädte besetzt und ganze Provinzen in Kriegsstand versetzt, ohne nach den Formen des Völkerrechts vorher den Krieg erklärt zu haben, dadurch zu bemänteln, daß man vorgibt, nichts Bestimmtes darüber zu wissen, ob die Regierung in Peking den von ihren Gouverneuren und Generalen den Mächten entgegengesetzten Widerstand billigt. An der wirklichen Sachlage, an der Thatsache des Kriegs gegen China wird durch diese scheinbare Rücksichtnahme auf die chinesische Regierung nichts geändert, für die Mächte erwächst aus der eigentümlichen Situation dagegen der Vorteil, Krieg führen zu können, ohne die verfassungsmäßige Autorisierung der Volksvertretung einholen zu müssen.

Wie kraft der Widerspruch der Haltung der Mächte ist, geht auch aus der Mitteilung hervor, daß dieselben sich in ihrer Aktion auf drei Punkte geeinigt hatten:

Erstens Entfaltung von Tientsin und Peking; zweitens Erlangung von Genugthuung für die stattgefundenen schwere Verletzung europäischer Interessen und drittens Schaffung von Garantien gegen die Wiederholung ähnlicher Vorgänge für die Zukunft. Auf die weitere Haltung der Mächte werde es namentlich von Einfluß sein, was inzwischen in Peking sich ereignet habe.

Man verfährt also einstuft, als ob die Regierung in Peking gar nicht existiere, führt den Krieg gegen das gegen die Fremden sich erhebende Volk, um nach siegreicher Beendigung des Kriegs die Regierung für alles Geschehene verantwortlich zu machen. Wenn man die Regierung für verantwortlich hält, so sollte man ihr doch bereits jetzt diese Verantwortlichkeit aufbürden und die Konsequenzen daraus ziehen, das heißt nach dem Brauche des Völkerrechts den Krieg gegen China erklären. Das vermeidet man aber geschickt, man behandelt China als „wildes Land“, als herrenloses Gut, dem gegenüber die Macht das Recht ersehen muß.

Dafür, daß die chinesische Regierung in der ganzen Affaire eine zum mindesten zweifelhafte Rolle eingenommen hat und noch einnimmt, sprechen alle Anzeichen. So finden wir in der „Post“ und anderen Blättern eine Darstellung aus Peking, die vom 30. April datiert ist und den passiven Widerstand der Regierung gegenüber den Flottendemonstrationen und Kollektivnoten der Mächte beleuchtet. Erst am 17. April, als es schon zu spät gewesen sei, habe sich die Regierung endlich zum Erlaß eines Edikts herbeigelassen. Wer die Geschichte der Vorbereitung und Entstehung des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 kennt, wird es bei in der Notwehr befindlichen chinesischen Regierung nicht allzusehr verdenken können, daß sie sich hütete, offen Farbe zu bekennen.

Der erwähnte Bericht aus Peking zeigt uns übrigens die Volksbewegung in teilweise neuer Beleuchtung. Er erklärt, daß die Bewegung gegen die Missionare schon sehr alt sei, daß sie aber diesmal eine große territoriale Verbreitung aufweise und bei dem Eintreten einer Mähernte, die bei dem herrschenden Regenmangel zu

besürchten sei, unabsehbare Dimensionen annehmen könne.

Ein Artikel der „National-Zeitung“ behandelt die „Interessensphären“ der Mächte. Auch dieser Artikel muß zugeben, daß die Abgrenzung der „Interessensphären“ seit dem Eintreten Deutschlands in die ostasiatische Arena und der „Pachtung“ Ostasien begonnen hat. Erst infolge der deutschen Gebietsverbreitung habe „ein Wettlauf um Beherrschung größerer Gebiete durch fremde Nationen“ begonnen. Der Einfluß auf die „Interessensphären“ bestand namentlich im Auswirken von Eisenbahn-Konzessionen. Bei den Eisenbahn-Vanten gerierte man sich als Herren im fremden Lande. Der Regierung waren die Konzessionen erprecht worden, das chinesische Volk machte seinem Haß gegen die Eindringlinge in Beschädigungen des Materials und Angriffen auf die Ingenieure Luft. Gegen diese Rebellen wurden dann, sofern die chinesischen Behörden keine genügende Sühne gegeben zu haben schienen, militärische Streifzüge organisiert, schon damals operierte man im fremden Lande wie in einem annektierten Gebietsstück.

Ueber die wirkliche Lage in Peking tappt man noch immer im Dunkeln. Abermals liegen Nachrichten vor, daß das internationale Expeditions-Corps unter Admiral Seymour in Peking angekommen und die Gefandtschaften unter seinen Schutz gestellt habe. Ein andres Gerücht — es verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, daß wir es vorläufig stets nur mit Gerüchten zu thun haben — meldet dagegen, daß Seymour gezwungen gewesen sei, nach Tientsin zurückzukehren. Eine dritte Lesart ist die, daß Seymour Peking erst erreicht habe, unterwegs aber fünfmal von den mit großer Tapferkeit kämpfenden Chinesen angegriffen worden sei.

Auch Tientsin ist noch immer isoliert, wenn auch eine Entsatztruppe, darunter 130 Amerikaner, gegen Tientsin vorrückt. Am 15. und 16. sollen heftige Kämpfe mit den Chinesen stattgefunden haben, bei denen die Mächte einen Verlust von 100 Mann gehabt haben sollen. Die Verluste der Chinesen, die ihnen namentlich von den Russen beigebracht worden seien, seien sehr große gewesen. Eine spätere Nachricht besagt, daß reguläre chinesische Truppen die Stadt bombardierten und daß die Lage eine sehr kritische sei. Laut amtlicher japanischer Meldung wurde die Fremden niederlassung am 18. Juni eingekerkert. Wenn man bedenkt, daß außer 2000 Russen noch einige hundert Mann der anderen Mächte nun schon so lange in Tientsin eingeschlossen sind, so wird man nicht verfehlen können, daß die Zahl der Aufständischen eine sehr große und ihr Vorgehen ein sehr entschiedenes sein muß.

Für wie ernst die Mächte die Lage in China halten, beweist der Umfang der Rüstungen. Japan entsendet abermals 4 Kriegsschiffe nach China, 12 andre werden in Bereitschaft gehalten. Im ganzen sollen 18 Schiffe mobilisiert werden.

Auch in Shanghai wird die Lage für nicht ungefährlich gehalten. Durch Daniederliegen des Handels sind 20 000 Aulis brotlos. Die Konsuln erbatene telegraphische Busing sind zum Schutze der Telegraphenstation Marine-mannschaften gelandet worden. Die Anzeichen des Volkskriegs scheinen sich also zu mehren.

Deutsches Reich.

Gegen die Koalitionsfreiheit wühlt unablässig die „Post“, die den Sommer über anscheinend von diesem Stedenpferd nicht mehr heruntersteigen wird. Die „Post“ hat sogar für ihre Zwecke ein neues sozialdemokratisches Endziel entdekt:

„Wer Augen hat, zu sehen, erkennt jetzt, daß es sich bei den Bestrebungen der Sozialdemokraten nicht lediglich um den Kampf um die Herrschaft in den Privatbetrieben handelt, sondern daß dieser Kampf nur den ersten Schritt auf dem Wege plannäßig von Etappe zu Etappe fortschreitender Winterarbeit mit dem Endziel der Vernichtung der Disziplin in Meer und Flotte bedient. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Wer den Sozialdemokraten mit Aussicht auf Erfolg den Weg zu diesem Endziel verlegen will, muß dafür sorgen, daß entgegen ihren Bestrebungen, der Grundgedanke, daß auch in den Privatbetrieben der Betriebsleiter Herr im eigenen Hause sein muß, intakt erhalten bleibt. Umgekehrt werden diejenigen, welche jetzt die Forderung des Uebergangs zum konstitutionellen System in den Privatbetrieben erheben, den Vorwurf nicht abweisen können, den auf die Vernichtung der Disziplin im Meere gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokraten die Wege zu ebnet.“

Vielleicht verlangt nun die „Post“, daß der Konsequenzen wegen die Fabrikordnung durch das militärische Dienstreglement und die Gewerbe-Ordnung durch das Militär-Strafgesetzbuch ersetzt werde.

Ein christliches Volkschulgesetz soll — nach Andeutungen der „Post“ — die nächste Session des preussischen Landtags beschäftigen.

Es scheint, als ob die preussische Reaktion demnächst auf der ganzen Linie vorgehen beabsichtigt — mit dem agrarischen Generalfeldmarschall Kühlwärtz, Herrn v. Miquel, an der Spitze.

Das Duell als Zahlungsmittel. Man schreibt uns: Eine ganz neue Methode, sich unbequeme Gläubiger vom Leibe zu halten, hat der Artillerie-Lieutenant a. D. Karl Helfer in Schiltigheim bei Straßburg i. E. zur Anwendung gebracht. Er schuldet einem Straßburger Geschäftsmann eine kleinere Summe, wurde mehrfach vergeblich zur Zahlung aufgefordert und erhielt dann einen Mahndrief. Durch den Inhalt des letzteren, der sich von den üblichen Zuschriften ähnlicher Art in nichts unterschied, schloß sich der Herr mit der militärischen Extra-Chre beleidigt und bedrohte den Quasihalter des gläubigerischen Geschäfts mit einem Duell. In dem Drohschreiben betonte der Herr Lieutenant a. D. mit besonderem Nachdruck, er werde dem Kaufmann einen höheren Stabs-offizier als Kartellträger auf den Hals schicken. Dem Geschäftsmann lag begreiflicherweise mehr daran, deutsche Reichsmünze in seinen Beutel als eine Angel in den Leib zu erhalten. Er ging auf das freundliche Duell-Anbieten seines Schuldners nicht ein, übergab vielmehr die ganze Angelegenheit durch die Presse der Öffentlichkeit. Der rabiate Herr Lieutenant a. D. hat sich in jüngster Zeit mehrfach als wütender Flottenapostel hervorgethan und zu Gunsten der Verstärkung unserer Marine auch öffentliche Vorträge gehalten. Er hat es deshalb gewiß nicht verdient, von unserm Reiche der Flotten-milliarden demnach auf dem Trodnen sitzen gelassen zu werden, daß er sich in die Zwangslage versetzt sieht, Zahlungsaufforderungen seiner Gläubiger statt baren Geldes mit Duellandrohungen beantworten zu müssen. Ob solcher Unanständigkeit muß ein richtiger Flotten-schwärmer ja rabiat werden!

Aus Waldburg wird uns geschrieben: Der Wahlkampf ist hier nun aufs äußerste entbrannt. Da uns nur sehr wenig Säle zur Verfügung stehen, so haben unsere Genossen sehr zeitig mit der Agitation begonnen und in den wenigen Lokalen mehrere Wähler-versammlungen abgehalten, die alle sehr gut besucht waren. Namentlich als

am 10. Juni die Genossen Bebel und Sachse im großen Garten des Gasthofs zum Kaiser in Neuhendorf sprachen, waren 3000 Personen anwesend. Nächsten Sonntag verbreiten wir das dritte Flugblatt.

Die Stimmung ist sehr gut. Trotzdem annähernd zweitausend Wähler nach Westfalen ausgewandert und dafür viele Arbeiter aus rüstungslosen katholischen Kreisen eingewandert sind, haben wir die besten Hoffnungen, denn es sind aufsteigend sehr viele Wähler inzwischen doch zu der Einsicht gekommen, daß sie von den Kapitalisten und ihren Helfershelfern nichts zu erhoffen haben.

Als ein Unrecht wird es allgemein empfunden, daß gerade während der Wahl mehrere hundert Landwehrlente zu militärischen Übungen eingezogen werden. Die Militärbehörde bringt mindestens 500 Mann um ihr Wahlrecht. Im letzten Augenblick ist es uns noch gelungen, zwei große Säle zu gewinnen. Es werden Sonnabend, Sonntag und Montag noch mehrere Versammlungen abgehalten, in welchen unter anderem Genosse Liebknecht sprechen wird.

Die freisinnige Kandidatur ist nicht erst zu nehmen. Die Kreisjungen haben noch kein Flugblatt verbreitet und bisher nur eine Versammlung abgehalten und wollen, wie wir hören, auch die Stimmzettel nur in dem Wahllokal verteilen.

Umjo rühiger sind aber die „gemäßigten“ Parteien. Sie sind erst seit Sonnabend in den Wahlkampf eingetreten und legen sich nun mit aller Macht für den freikonservativen Dr. Ritter ins Zeug, für welchen auch die Nationalliberalen und das Centrum sehr eifrig agitieren.

Die Konservativen hauffieren wieder mit ihren alten abgedroschenen patriotischen und nationalen Phrasen. Um ihre volksfeindliche Politik beim Wahlkampf zu verschleiern, greifen sie zu läghastigen persönlichen Angriffen gegen Genosse Sachse. Auch Bebel und Liebknecht müssen tüchtig herhalten. Die Gegner handeln nach ihrem alten Rezept. Verleumde nur, es bleibt doch etwas hängen.

Am schofelsten führt sich die Centrumpartei auf. In separaten Flugblättern fordert sie die katholischen Wähler auf, für den Freund des Königs Stumm, Herrn Dr. Ritter zu stimmen, demselben Herrn Dr. Ritter, über dessen „bitteren Haß“ sich die Centrums-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus bei Verurteilung des preussischen Vergeleges so bitter zu beklagen hatten.

Das Centrumsomitee fordert in dem genannten Flugblatt und in Versammlungen das lächerlichste Zeug zu Tage. Sie erzählen ihren gläubigen Schäfchen, daß die Sozialdemokraten die in christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter konfottieren, ihnen die Größtstückchen nehmen und sie obendrein noch verhaßen. In diesem Ton ziehen sie auch in Versammlungen los. Diskussion gestattet man natürlich nicht. Denn könnten wir diese Rügen und Lügen in ihren Versammlungen richtigstellen, so wären die Herren vor ihren Schäfchen entlarvt. Die hiesige Arbeiterschaft wird ihnen am 26. Juni die Antwort geben.

Blüthtreue Centrums-Abgeordnete. Arefeld, 21. Juni. Der „Kathener Volksfreund“ kann sich anscheinend über das Schicksal der lex Heinze und die Annahme der Flottenvorlage durch die Schuld der Centrumsopposition nicht beruhigen.

Zu seiner letzten Nummer müssen die Centrums-Abgeordneten Heise, Paderborn und der badische Delan Dr. Lender herhalten.

Er weist nach, daß Heise während der ganzen Session noch nicht ein einziges Mal im Reichstag war, und verlangt kurzer Hand, daß Heise sein Mandat niederlege, oder aber es ihm genommen werde.

Scharf geht er mit dem Delan Lender ins Gericht. Er behauptet, daß derselbe nur zur Abstimmung über die Flottenvorlage nach Berlin gekommen sei.

Selbstverständlich habe er für die Vorlage gestimmt, wie er überhaupt seit dem Jahre 1893 nur nach Berlin komme, um für Heeres- oder Marineforderungen zu stimmen. Sogar bei der Beratung der lex Heinze habe er gefehlt. Der „Volksfreund“ fährt dann fort: „Daß es bei einem geistlichen Herrn einen doppelten peinlichen Eindruck machen muß, wenn er sozusagen nur im Reichstag erscheint, um Vorlagen des Militarismus und Marinismus zuzustimmen, durch welche der Nation fürchterliche Opfer auferlegt werden, bedarf kaum der Erwähnung.“

Zum Schluß erhält noch Balleström seinen Hieb. Das Blatt schreibt nämlich: „Was die lex Heinze angeht, so sei hier zum Schluß nur konstatiert, daß dieselbe, da die aus den Konservationen, dem Centrum z. d. bestehende Mehrheit fest zusammenhielt, keineswegs abdrückte und sozusagen vor dem Abschluß der Materie stand, zweifellos angenommen worden wäre, wenn der Präsident Graf Balleström sich nicht „berufen“ gefühlt hätte, dem Ganzen eine „Schwenkung“ zu geben, so daß die Position der Mehrheit schwer erschüttert, ja unhalbar wurde. Daß er hierbei in Uebereinstimmung mit Mitgliedern der Regierung handelte, war in Reichstags-Kreisen allgemeine Annahme. Die „Volksfreund“ wählte sehr wohl, was sie hat, als sie mit dem Schluß des Reichstags dem Grafen Balleström über-schwängliche Lobspüche erteilte.“

Karlruhe, 21. Juni. (Eig. Ber.) In der Verfassungs-Kommission der Kammer kamen die Anträge auf Abänderung der Wahlkreiseinteilung gestern zur Verteilung. Es lagen Entwürfe vor, zwei von dem Centrum und 1 von den Nationalliberalen. Die letzteren möchten gar zu gern in den größeren Städten die Bezirks-einteilung durchführen, um auf diese Weise wieder einige ihnen verloren gegangene Mandate zurückzuerobern. Selbstverständlich giebt die Opposition nie und nimmer ihre Hand dazu, den Nationalliberalen indirekt einige Mandate zuzufußern und so die Macht der Nationalliberalen zu stärken. Die Anträge des Centrums wurden in der Kommission angenommen. Da aber im Plenum zu der erforderlichen Zweidrittel-mehrheit einige Stimmen fehlen, ist auch diese Arbeit pro nihilo gemacht. Die Verantwortung hierfür tragen einzig und allein die Nationalliberalen. Bei den nächsten Landtagswahlen erhalten sie die Culltung für ihre Schindlerpolitik.

Kandidaten der staatlichen Zwangsverziehung.

Aus Baden schreibt man uns: Die studentischen Ausschreitungen in der Pfaffenstadt Heidelberg, deren Corps mit zu den „seinsten“ aller Universitäten des Reichs zählen, mehren sich in jüngster Zeit in auffehen erregender Weise. Ueber den neuesten Studententrawall größeren Stils berichten badische Blätter vom 19. d. Mis. das Folgende: „In der gestrigen Nacht mußte ein Student wegen großen Unfalls und Widerstands festgenommen und in das Amtsgefängnis verbracht werden. Seine Corpsbrüder versuchten denselben zu befreien, indem sie erst dem Amtsgefängnis zuliefen und dann zum Wächter im Rathhaus stürzten und die Thür desselben mit Faustschlägen und Stockhieben bearbeiteten. Etwa vierzig Studenten waren an dieser Ausschreitung beteiligt, während mehrere hundert Zuschauer dieselben durch Jöhlen usw. animierten. Erst nachdem mehrere Studenten verhaftet und einem Verhör unterzogen worden waren, gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen und die Ruhe herzustellen. Es ist dies bereits der zweite große Studentenlandal im Laufe des Semesters.“

Das Sommerferien-Verhalten der „gebildeten“ jungen Herren sieht also einem Landfriedensbruch verienfekt ähnlich und würde ihnen, wenn sie eben nicht die Söhne der bestehenden Klassen wären, deren indubidmlich Thatendrang unsere Gerichte nur allzu leicht manches zu gute halten, langwierige Freiheitsstrafen eintragen.

Die „mehreren hundert Zuschauer“, die die Excedenten durch Jöhlen usw. animierten, setzten sich wohl aus jenen Heidelberger Spieglern zusammen, die hinter dem Bierisch über die Verhörung der Proletarierjugend jammern, die Roheiten ihrer geliebten „Pfaffen-söhne“ aber mit ermuntertem Beifall begleiten.

Ausland.

Der Londoner Doderstreik.

London, den 20. Juni.

Seit mehr als einer Woche spielt sich in London Hafen- gebiet (Docks, Flugwerften usw.) ein großer Ausstand ab. Den unmittelbaren Anlaß gab ein Konflikt der Hafenarbeiter (Docker) Gewerkschaft mit einem Unternehmer, der die Lade- Arbeiten einer Schiffslinie übernommen hatte, welche diese hordem direkt durch die Gewerkschaftsmitglieder besorgen ließ. Die Gewerkschaft verlangte, daß der Unternehmer seine Leute außerhalb der Docks anwerben solle, da an den Werbelplätzen innerhalb der Docks die Arbeiter nicht in der Lage sind, in voller Un- gezwungenheit über ihre Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Auf die Weigerung des Unternehmers, hierauf einzugehen und andre als die vom Schiffreederei-Verband anerkannten Löhne zu zahlen, forderte die Gewerkschaft ihre Mitglieder zum Ausstand auf. Nicht nur diese, sondern auch eine große Anzahl von Nicht-Gewerkschaftlern leisteten der Aufforderung Folge und bald dehnte sich die Bewegung, die an dem Albert-Docks begonnen hatte, auf andre Docks und Werften aus. Große Versammlungen mit Ben Tillett, Tom Mann, Tom Chambers, P. O'Connell und andern als Rednern sind abgehalten und auf diesen die Forderungen der Arbeiter wie folgt formuliert worden:

Anwerbung der Arbeiter an anerkannten Werbelplätzen außer- halb der Docks und zu bestimmten Werbelzeiten, nämlich 6.45, 7.45 und 8.45, vormittags, 12.45 und 5.45 nachmittags. Leute, die um 5.45 angeworben werden, sind von einer Stunde vorher ab zu bezahlen.

Arbeit, die zwischen 7 Uhr morgens und 5 Uhr nachmittags verrichtet wird, ist als Tagesarbeit, solche, die zwischen 5 Uhr nachmittags und 7 Uhr morgens verrichtet wird, als Nachtarbeit zu bezählen. Tarif für Tagesarbeit: 8 Pence, für Nachtarbeit: 1 Schilling die Stunde Mindestlohn. Kein Arbeiter soll mit weniger als für vier Stunden Arbeit ausbezahlt werden.

Etwas höhere Forderungen — 9 Pence pro Stunde für Tag- arbeit — stellen die auf dem südlichen Themse-Ufer beschäftigten Arbeiter der Steam Navigation Company.

Außerdem verlangt die Gewerkschaft volle Anerkennung der Organisationen der Arbeiter von seiten der Unternehmer und die Einsetzung eines Einigungs- amts.

Angeichts der allgemeinen Preissteigerung und insbesondere der großen Steigerung der Mieten im East-End können die geforderten Lohnerhöhungen durchaus nicht als unmaßige bezeichnet werden. Die Leistung der Peninsular- and Oriental-Line (kurz „P. u. O.“ ge- nannt) hat sich auch schon zu ihr verhalten, doch ist es noch zu keiner Einigung mit ihr gekommen, weil sie die Gewerkschaft nicht anerkennen will.

Nach Angabe der Führer der Arbeiter sind zwischen 8000 bis 9000 Arbeiter im Ausstand, dessen Aussehen sich täglich verbessert, die Schiffsherren-Presse behauptet dagegen, daß höchstens 3000 Ar- beiter von der Bewegung erfasst seien. Ihr zufolge hätten die Unter- nehmer genug Arbeitswillige zur Verfügung, um die laufenden Arbeiten zu bewältigen und den Ausstand zu beenden. Die Wahr- heit wird wohl in der Mitte liegen. In Gunsten der Arbeiter spricht die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts, der gerade für unskilled-labour Arbeiter besonders starke Nachfrage hat. Dagegen sind die Unternehmer hinsichtlich der Organisation der Arbeiter sehr überlegen. Nur ein geringer Prozentsatz der Hafenarbeiter gehört in London der Doderunion an, deren Mittel nicht ausreichen, die Kosten eines größeren Ausstandes längere Zeit zu bestreiten. Die Union hat dem auch ein Rundschreiben an die Gewerkschaften Englands erlassen, worin sie deren Unterstützung anruft.

„Das Koalitionsrecht“, heißt es darin, „ist von den Schiff- herren und ihren Kontraktunternehmern samt den Doder-Gesellschaften bedroht. Die größten Kapitalverbindungen, welche dieses Land ge- sehen, sind gegen alle mit dem Loden und Lichten im See- transportgewerbe verbundenen Arbeiter aufgebaut. Die Unregel- mäßigkeit der Arbeit macht die Arbeiter in vielen Fällen zur leichten Beute der auf Zerstückelung der Gewerkschaften gerichteten Ver- strebungen des Syndikats. Es ist eine Verbindung von Kapitalisten, die brutal darauf aus sind, alles gewerkschaftliche Recht und Ver- mögen der Doder- und Schiffarbeiter zu erdrücken.“

„Die Leute haben im Durchschnitt weniger als 12 Schillinge die Woche. Sie müssen Tag und Nacht auf das Aufgebot der Schiff- agenten warten, und es ist bekannt, daß sie in Zeiten der Not von dem Abfall essen, den Hindu- und Araber- Arbeiter wegwerfen. In vielen Fällen dürfen sie ihren Platz nicht verlassen, wollen sie nicht jede Aussicht auf Arbeit verlieren, die sich etwa darbieten könnte. Keine andre Klasse von Arbeitern ist genötigt, in zusammengepackten Gruppen auf Gnade und Gebot der Unternehmer zu warten. Keiner sitz im Maschinenbau- oder Textilgewerbe würde es erlauben werden, Leute in einem Verfall zu halten, um sie für kurze Arbeitsperioden aufzufressen. Alles, was wir verlangen, sind fest- bestimmte Zeiten für die Anwerbung und bestimmte, von den Zeiten selbst gewährte Werbelplätze, wie sie üblich waren, bevor die Schiff- herren inmitten des Winters den am Hungerloch nagenden Arbeitern ihre Bedingungen aufzwangen.“

In den letzten Sätzen hat man die Schritte des Bildes, welches die Unternehmerpresse in Deutschland vom Streik giebt. Die ver- bindenden Schiffe- und Doder-Gesellschaften haben innerhalb der Docks Verträge bzw. Schuppen errichtet, wo sich die arbeitssuchenden Ar- beiter einzufinden haben, um zu erfahren, ob Aussicht auf Arbeit für sie da ist oder nicht, wobei sie dann selbst im erlernten Fall oft Stundenlang zu warten haben, bis es zum Anrufen bzw. Aussuchen und Mieten kommt. Daß es in diesen Schuppen immerhin etwas menschlicher zugeht, als früher zuweilen vor den Docks, soll nicht bestritten werden. Aber dafür giebt es da nur eine Kontrolle: die der Unternehmer und ihrer Zwischenagenten. Der Arbeiter hat bloß die Wahl, die Arbeit zu den von jenen gestellten Bedingungen anzunehmen oder nicht; ein koalitionsmäßiges Vorgehen ist in ge- wöhnlichen Verhältnissen unmöglich.

Es ist daher nur natürlich, daß die organisierten Arbeiter eine Zeit besonders guter Nachfrage nach Arbeitern dazu ansetzen, eine Veränderung dieses Verhältnisses zu erkämpfen. Ob ihre Forderung auf Wiederherstellung des Anwerbens außerhalb der Docks besonders glänzlich formuliert ist, mag man bezweifeln, als Ausdruck eines Princips hat sie sicher ihre große Berechtigung.

Die große Masse des Publikums steht dem Kampf bis jetzt abso- lut teilnahmslos gegenüber. Es fehlt ihm das patriotische Element, das den vor elf Jahren geführten Doderstreik zu einem Ereignis für London, wenn nicht für ganz England machte. Blätter, die jenem Streik ganze Spalten widmeten, widmen dem heutigen Streik kaum so viel Zeilen. Und doch hängt von der Sympathie des Publikums und der Presse viel für sein Gelingen ab. Diese zu erwecken, werden nun Demonstrationen aller Art veranstaltet. So eine solche auf Tower Hill, dem hügelig aufragenden Platz an der Nordwestseite des Towers von London. —

Italien.

Zur Ministerkrise schreibt man uns aus Rom, d. d. 20. Juni: „So hat Herr Pelloux sich also schließlich doch dazu ver- standen, seine Entlassung zu geben, was er sofort nach dem Bekannt- werden des Wahlergebnisses hätte thun müssen. Denn ein unzuwei- dentlicherer Widerspruch hätte das Land unter dem herrschenden Wahlsystem ihm nicht erteilt. Er hoffte wieder an die Gewalt berufen zu werden, weil er gläubig wucherte, daß die Gewalt ihm wieder er sich wohl überlassen haben, daß dies eine Selbsttäuschung war. Der Hof und die Reaktion haben den Glauben an einen Mann ver- loren, dessen ganzes politisches Handeln, seit das Standrecht auf- gehoben ist, in einer fortwährenden Reihe von Fehlern und Schwächen besteht. Er kam nie über Anläufe hinaus und schreckte stets im ent- scheidenden Moment vor der Entscheidung zurück.“

Der Senator Saracco, der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden ist, gehört unter die farblosen Politiker, obgleich er stets mit Crispi gelaufen ist. Ob er ein Ministerium zu Lande bringt, läßt sich noch nicht sagen.

Die Konfusion und Zerlegung in den leitenden politischen Kreisen macht jede Vorausberechnung unmöglich. Fest sind nur wir von der äußersten Linken. Die parlamentarische Knebelakte muß fallen. Und sie wird fallen. —

So unser Korrespondent. Der Telegraph hat das Gelingen der Soraccolischen Bemühungen noch nicht gemeldet. Die Bildung eines neuen Ministeriums erweist sich so noch schwieriger als vermutet wurde. —

Eine Kundgebung Crispi. Die „Zeit. Itg.“ läßt sich aus Rom telegraphieren:

Crispi veröffentlicht in der „Tribuna“ einen flammenden Artikel, um das Land aus der Lethargie bezüglich der äußeren Politik zu wecken. Er fordert mit ersten Worten die aktive Teilnahme Italiens an der Befreiung Chinas, sonst müsse Italien ab- danken. Hieran zeigt er an der Geschichte der letzten zwanzig Jahre, wie sehr Italien sich geschadet habe, daß es seine ganze politische Tätigkeit auf die inneren Parteikämpfe beschränkte. Der Brief macht in ersten politischen Kreisen einen großen Eindruck, um so mehr, da wegen der Kabinettskrise Visconti Venosta keine Initiative betreffs China nehmen will.

Herr Crispi will sich anscheinend in empfindliche Erinnerung bringen. Seine Prose von der „Befreiung Chinas“ ruht in „ersten“ politischen Kreisen allerdings Eindruck machen. Das fehlte in der That noch, daß sich Italien durch Crispi in neue west- politische Abenteuer pötschen ließe. Italiens Blamage in Abyssinien und Spaniens weltpolitischer Bankrott sind auch dazu verlockend! —

Die Zahl der Stimmen, die die italienischen Sozialisten bei den letzten Parlamentswahlen erhalten haben, ist jetzt genau festgestellt worden. Es wurden für die sozialistischen Kandidaten im ganzen 215 841 Stimmen abgegeben. Die Zahl der sozialistischen Stimmen hat sich also seit 1895 fast verdreifacht, denn 1895 ver- einigten die sozialistischen Kandidaten nur 76 359 Stimmen auf sich, während es im Jahr 1897 schon 134 502 waren. Bei den diesjährigen Wahlen wurden gezählt: in der Lombardei 37 361 sozialistische Stimmen, in Piemont 47 029, in Ligurien 10 253, in Venetien 12 845, in der Romagna 27 068, in Toscana 18 785, in Umbrien 2500 usw. Im ganzen brachte es die vereinigte Opposition (Sozialisten, Radikale und Republikaner) auf 345 594 Stimmen, die sogenannte konstitutionelle Opposition (Anhänger Zanardellis, Giolittis, Rudinis usw.) auf 303 891. Diefen 649 485 oppositionellen Stimmen stehen nur 611 425 Stimmen für die Kandidaten der Regierung gegen- über. Es muß, der Wahrheit gemäß, bemerkt werden, daß die 215 841 Stimmen, die für die sozialistischen Kandidaten abgegeben wurden, nicht durchweg sozialistische Stimmen sind, da infolge des Wahlbündnisses der radikalen Parteien aus Republikaner und Radikale für sozialistische Kandidaten gestimmt haben. Diese radikalen und republikanischen Stimmen werden aber reichlich kompensiert durch die sozialistischen Stimmen, welche schon in der Hauptwahl für radikale und republikanische Kandidaten abgegeben wurden. —

Spanien.

Ueber die Krisis in Spanien liegen folgende Telegramme vor: Madrid, 22. Juni. Der Minister des Innern erklärte in einer Unterredung, daß nach den bei den hauptsächlichsten Steuer- verweigerern vorgenommenen Beschlagnahmungen die Steuer- erhebung ihren Fortgang zu nehmen. — Im ganzen Lande herrscht Ruhe. (?)

Die Kaufleute haben in Madrid und andern Städten infolge des Vorgehens der Regierung gegen die Steuerverweigerer die Läden geschlossen. —

Afrika.

Vom Boerenkrieg liegen diesmal bedeutsame Nachrichten vor. Nach einer Drahtung aus Pretoria hat bei Pretoria eine zweitägige Schlacht stattgefunden. Die Armee Roberts machte am Montag einen allgemeinen Vorstoß, um Voija, der mit 8000 Boeren eine fast un- angreifbare Stellung auf einem Höhenzuge 12 Meilen ostwärts von Pretoria inne hatte, anzugreifen. Die Schlacht wüthete bis Mittwoch. Die Boeren leisteten an jedem Punkt hartnäckigen, zuweilen ver- zweifelten Widerstand, aber die britischen Truppen drangen un- widerstehlich vor. Stellung um Stellung wurde genommen und die Boeren auf allen Punkten mit empfindlichen Verlusten geschlagen; aber sie kämpften entschlossen. Ein Nachhutgefecht fand bei Bronkhorst Spruit am Mittwoch statt. Die Boeren nahmen den Kampf entschlossen an; Hamiltons Kavallerie und Guntens berittene Infanterie umgingen indes die Boerenstellung wiederum, worauf die Boeren sich allgemein zurückzogen. Donkerbroof war der Schauplatz eines andern Treffens, wobei die Boeren von starken britischen Streitkräften aus ihren ver- schanzten Stellungen vertrieben wurden. Eine Anzahl Boeren wurden gefangen genommen. Der britische Verluste wird auf 120 Tote und Verwundete geschätzt. Die Schlacht dehnte sich über ein Gelände von 20 Meilen aus. Die Boeren zogen sich in der Richtung auf Middel- burg zurück. — Eine Times' Drahtung aus Pretoria sagt, der Wendepunkt des Feldzugs sei nunmehr erreicht. Voijas Niederlage und Bullers Einfall vom Südfuß, endlich die Hemmung der Boeren- mächtigen die Forderung der Republikaner zur Folge haben. Die That- sache, daß 5000 Waffen in Pretoria während der letzten 14 Tage übergeben worden seien, kennzeichne die Stimmung der Boeren. In wenigen Tagen werde überdies die ganze Hauptarmee, aus- genommen Smith Dorien's Brigade, in der Lage sein, mit Bullers Vorstoß zu kooperieren.

Weitere Telegramme lauten:

London, 22. Juni. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Hammonia vom 19. d. M.: Eine ziemlich starke Boerentruppe besetzte während der Nacht einen einzelnen stehenden Berg, um von dort aus Patrouillen der Heemorrh abzuscheiden. Die Boeren wurden aber von Rumbles Artillerie überrascht, die sie so wirksam beschloß, daß sie sich zurückziehen mußten.

London, 22. Juni. Eine Depesche des Feldmarschalls Lord Roberts aus Pretoria vom heutigen Tage besagt, daß General Jan Hamiltons Kolonne gestern Springs erreicht habe und sich auf dem Marsch nach Heidelberg befinde, um dort mit General Bullers Truppen Fühlung zu gewinnen, welche gestern Paardelaf erreicht hatten. Morgen werde die Kolonne in Standerton sein, um die Verbindungen zwischen Pretoria und Natal zu eröffnen und eine vereinte Aktion der Transvaal- und Orange-Boeren zu verhindern. Baden-Powell meldet aus Rusten- burg, er habe bei seiner Rückreise aus Pretoria die Boeren in fried- licher Stimmung gefunden. Während seiner Abwesenheit sind der Kommandant Steyn und zwei Feldbörnets gefangen genommen worden. Bei dem Verwalter des Rustenburger Distrikts seien an 3000 Gewehre abgeliefert.

Von der Goldküste ist eine neue Hoobboischaft eingelaufen. Ein Telegramm aus Accra meldet vom 21. Juni:

Nach Meldungen von Eingebornen sind bei dem letzten Aus- falle aus Kumassi der Gouverneur verwundet und acht Offiziere getödtet worden. —

Amerika.

Zur Präsidentenwahl. Die der „Frankf. Itg.“ aus New York telegraphiert wird, wurde Mac Kinley in der Nationalkonvention der republikanischen Partei als Kandidat für den Präsidenten- amts posten nominiert.

Aus der Frauenbewegung.

Mit der Gründung des neuen Vereins in Schöneberg ist den Frauen der südwestlichen Vororte ein langgehegter Wunsch erfüllt worden. In der ersten Mitgliederversammlung, welche im Klubhaus, Hauptstr. 5-6 stattfand, gedachte die Vorsitzende zunächst der früheren Versuche zur Vereinsbildung, welche damals resultatlos verließen, und nun doch durch beharrliches Festhalten an dem als richtig Erkannten zum Ziele geführt haben. Ein Mittelpunkt sei jetzt geschaffen, für diejenigen Frauen und Mädchen des Arbeiterstandes in unserer Vorstadt, welche nach höherer Bildung, nach weiterer Auf- klärung streben und gern mit Gleichgesinnten einen fördernden und anregenden Verkehr pflegen wollen.

Mit einstimmiger Annahme der Statuten und ebenso einstimmiger Wahl des bis dahin nur provisorisch ernannten Vorstands war die thatsächliche Gründung rasch vollzogen.

Für nächsten Monat ist eine Versammlung mit wissenschaft- lichem Vortrag in Aussicht genommen, für Anfang August ein Ausflug ins Freie. Die Mitglieder, welche gewiß möglichst vollständig mit ihren Familien teilnehmen werden — um dies zu erreichen, ist ein Sonntag gewählt worden — finden hier Gelegen- heit, sich in fröhlichem und ungezwungenem Verkehr persönlich näher zu treten.

Das lebhafteste Interesse, welches sich in dieser ersten Ver- sammlung durch lebhaften Anteil an der Diskussion und gab, berechtigt zu den besten Hoffnungen auf die Zukunft des jungen Vereins. Möge er nun von den Frauen und Mädchen in Schöne- berg und Wilmerdorf durch zahlreiche Weitrückung kräftig unterstützt und gefördert werden.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein in Rixdorf hielt am 12. Juni eine Versammlung ab, in der Dr. Borchardt über die Entwicklung der Elektrizität und ihren Einfluß auf die Kultur einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Verein bewilligte 20 M. für die freiziehenden Tabakarbeiter in Finsterwalde und für zwei kranke Mitglieder je 5 Mark.

Der Krieg in China.

Ueber Admiral Seymours Kolonne stellen wir folgende Nachrichten zusammen:

Solio, 21. Juni. Der japanische Konsul in Shanghai meldet: Admiral Seymour ist in Peking eingetroffen. Das diplomatische Corps ist unversehrt.

Brüssel, 22. Juni. Die das „Petit Bleu“ mitteilt, erhielt ein großes Brüsseler Geschäftshaus gestern vormittag eine Depesche aus China, nach welcher die internationale Truppenabteilung gleichzeitig mit der besondern russischen Kolonne in Peking eingerückt sei. Das Telegramm meldet weiter, daß die Gesandtschaften unversehrt und die Belgier wohlbehalten seien.

Ein aus Shanghai eingelaufenes Telegramm schildert die Aus- sicht Seymours in Peking und die vorausgegangenen Kämpfe wie folgt: Nach mißverheißenen, durch Gesetze unterbrochenem Marfch-Lernen die vereinigten europäischen Truppen am Sonntag- nachmittag in Peking an. Die Chinesen, die auch etwas Kavallerie hatten, griffen die Truppen fünfmal an, schloßen mit großer Tapferkeit, waren aber schlecht bewaffnet. Ihre Verluste werden auf 500 Tote geschätzt, die der Europäer werden nicht mitgeteilt.

Die Kämpfe in Tientsin

schildern folgende Telegramme:

London, 22. Juni. „Daily Express“ meldet aus Shanghai unter dem gestrigen Datum: Tientsin wurde am 15. Juni von zwei Seiten von Bogerbanden angegriffen. Dieselben beschossen zunächst die Eingeborenenstadt an zwölf Stellen und rühten gegen die Fremden- niederlassung vor. Die Eisenbahnstation war von einer russischen Truppenabteilung von 2000 Mann mit 10 Geschützen besetzt. Als die Boger dort ankamen, gaben die Russen hintereinander 50 Salven ab. Ihr Feuer scheint den Bogern unentwärtet gekommen zu sein; es richtete ein großes Blutbad an; etwa 300 Boger wurden ge- tödtet, 300 verwundet.

Washington, 21. Juni. Admiral Kempf telegraphiert vom heutigen Tage über Tschifu: Die Chinesen bombardieren Tientsin. Das amerikanische Konsulat und ein großer Teil der Fremden- longessionen sind zum Teil zerstört. Eine Hülfskruppe, darunter 130 amerikanische Soldaten, gehen nach Tientsin ab.

Sant amtlicher japanischer Meldung aus Tschifu wurde die Fremdenniederlassung in Tientsin am 18. Juni eingekesselt.

Tschifu, 21. Juni. Wie hierher gemeldet wurde, ist Tientsin zwei Tage lang beschossen worden. Die Verluste sollen 100 Mann betragen. — Ein unbefestigtes Gerücht besagt, Admiral Seymour sei gezwungen worden, nach Tientsin zurückzulehren. — Aus Peking liegen seit 14 Tagen keine Nachrichten vor.

Shanghai, 22. Juni. Aus Tientsin kommt die Meldung, daß reguläre chinesische Truppen die Stadt bombardieren und die dortige Lage sehr kritisch ist.

Die Lage in Shanghai.

Shanghai, 21. Juni. Das Konsularcorps hat heute hier zu einer Beratung über die Lage zusammen. Man war der Ansicht, daß das Fehlen von Nachrichten aus Peking von übler Vor- bedeutung sei. Das Darüberliegen des Handelsverkehrs macht 20 000 Anli-Arbeiter brotlos. Die Konsuln beschloßen, den Bogen der Konsuln in Tschifu telegraphisch zu ersuchen, sich mit den dienstältesten See-Offizieren in Taku wegen sofortiger Unter- stützung in Verbindung zu setzen. Die Konsuln glauben, daß man eine direkte Verbindung mit Peking beschaffen könne, und haben den chinesischen Eisenbahn-Direktor Scheng um bezügliche Mit- teilungen erucht.

Shanghai, 21. Juni. Meldung des Reuter'schen Bureau's: In Zhung sind zum Schutze der Telegraphenstation Marine- amts- schiffen gelandet worden.

Rüstungen der Mächte.

London, 22. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Yokohama vom 21. d. M., daß 15 Transportschiffe schon gearrteert sind; 4 Kriegs- schiffe gehen nach China ab, 12 andre seien in Bereitschaft. Diefelben werden wahrscheinlich nach Formosa gefandt, von wo aus man die Hand auf die Provinz Fokien legen kann. Es werden in ganzen 18 Kriegsschiffe mobilisiert.

Yokohama, 22. Juni. Meldung des „Reuter'schen Bureau's.“ 22 Schiffe des stehenden Geschwaders sind in Sasebo versammelt. Es werden wahrscheinlich noch mehr Kriegsschiffe nach China ge- fandt werden.

Wien, 22. Juni. Das österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Kaiserin Königin Maria Theresia“ hat den Befehl erhalten, so bald wie mög- lich nach Ostafrika abzugehen.

London, 22. Juni. Amahernb tarsend Matrosen sowie eine große Abteilung Seefoldaten sind von Portsmouth zum Dienst in der chinesischen Station beordert worden. Ebenso ist nach Plymouth der Befehl ergangen, die Marine-Artillerie und Infanterie für sofortige Verwendung bereit zu halten.

Aus Kiel wird der „Täg. Rundschau“ über die Rüstungen ge- schrieben:

Die augenblickliche Lage erinnert unwillkürlich an die aufregenden Tage in Kiel nach der Weigerung von Kiautschou. Unkontrollierbare Meldungen über die Entsendung einer Reihe von Kriegsschiffen wurden verbreitet; in den Kasernen herrschte eine aufreibende Tätigkeit. Wahrheit und Dichtung waren kaum zu unterscheiden. Heute heißt es, daß mehrere im Ausland stationierte Kreuzer Segel- order nach China erhalten haben. Bis zur Minute sind keine Ent- scheidungen getroffen. Die Andrüstungsbereiten auf „Fürst Bismarck“ und „Lütz“ werden mit großem Eifer fortgesetzt. Man beabsichtigt, einen Teil der in der Heimat noch verfügbaren Kreuzer in Seebereitschaft zu setzen und nach China zu entsenden. Außer den ganz veralteten sogenannten Panzerkreuzern „König Wilhelm“, „Kaiser“ und „Deutschland“ liegen in Kiel, Danzig und Wilhelmshaven die großen Kreuzer „Fregata“ und „Victoria Luise“, die kleinen Kreuzer „Prinzess Wilhelm“, „Sperber“, „Buffard“, „Gazelle“, die veralteten „Actona“ und „Alexandrine“, sowie eine Anzahl wenig geeigneter ehemaliger Aviso's. Welche und wie viele dieser Schiffe ins Ausland gehen, dürfte in den nächsten Tagen be- stimmt werden. Die Indienststellung der Neubauten „Klob“ und „Knyph“ wird beschleunigt. Die Urauber sind schon heute zurück- gelehrt. Die Stellungsbereit an 900 Reservisten sind gestern abend auf drahllichem Weg befördert worden. Die beiden Bataillone sollen auf eine Kriegsstärke von je 1000 Mann gebracht werden. Es heißt, daß außerdem die Stammcompagnie für das dritte Bataillon 250 Mann stellen wird, die auf dem Kreuzer „Fürst Bismarck“ unter- gebracht werden sollen.

Auch in Spandau hat man alle Hände voll zu thun, um den Kriegsbedarf an Munition zu versenden. Ueber die beiden von der deutschen Regierung gecharterten Dampfer des Norddeutschen Lloyd in Bremen erfahren wir: Die beiden Schiffe „Wittkind“ und „Frankfurt“ sind Postdampfer, da Schnell-Schraubendampfer eine so große Anzahl von Passagieren und Mannschaften nicht zu fassen vermögen. Der „Wittkind“, welcher 5500 Tonnen faßt, ist erst gestern von New Castle kommend, in Bremerhaven eingelaufen, da er eine wesentliche Vergrößerung seines Rauminhalts in Shields erfahren hat. Sonst wird der „Wittkind“ als Salon-Dampfer der Linie Buenos Ayres benutzt und steht unter dem Kommando des Kapitäns Trause. Die „Frankfurt“ (Kapitän Groh) ist wesentlich größer, als der erstgenannte Dampfer. Sie faßt etwa 7500 Tonnen und ist ein Touren-Salon-Dampfer der Linie Bremen-Baltimore. Die „Frankfurt“ sollte von Bremen nach Amerika abfahren, doch ist infolge ihrer jetzigen Verwendung bereits für einen Ersatz gesorgt worden. Beide Schiffe sind bereits „fest“, d. h. zur sofortigen Abfahrt bereit. Die Distanz von Bremen nach Taku, dem Ziel ihrer Fahrt, beträgt ca. 12 000 Seemeilen und wird, da beide Schiffe vorzüglich und sicher den Kurs halten, auch nirgends für längere Zeit anzuhalten notwendig haben, in noch nicht 40 Tagen zurückgelegt sein, so daß die Ankunft in Taku in der ersten Hälfte des August zu erwarten ist. Wie wir schließlich hören, sollen beide Schiffe während der Dauer der Anruhen in einem chinesischen Hafen bleiben.

Zwistigkeiten innerhalb der chinesischen Regierung?

Die chinesische Presse in Shanghai behauptet, in der Provinzpartei seien erste Zwistigkeiten ausgebrochen. Im Palaste zu Peking herrsche Verwirrung. Die Kaiserin-Regentin schide sich an zu fliehen. Prinz Tuanhjung und Kunghi seien entschiedene Widerstandler Junglus und der Gemahlinen, welche dem Throne raten, die fremden Mächte zu verjähnen. Die meisten dieser in der chinesischen Presse auftretenden Gerüchte sind Meldungen der chinesischen Provinzialbeamten entnommen.

Vom „Jitid“

liegt eine englische Meldung vor, wonach derselbe bei dem Kampfe bei Taku erheblich beschädigt worden ist. Auch sei Kapitän Vans, der Kommandant, verwundet. Ferner meldet die „Weseler Ztg.“: Dießige Verwandte des Korvetten-Kapitäns Vans, Kommandanten des Kanonenboots „Jitid“, erhielten heute folgende Depesche, datiert Tschifu, 21. Juni, 7 Uhr 10 Min. nachm.: „Befinden gut. Wilhelm“.

Letzte Meldungen.

Berlin, 22. Juni. (B. Z. V.) Vom Chef des Kreuzergeschwaders sind aus Taku folgende Meldungen hier eingegangen:

- 1. vom 20. abends: Aus Tientsin hier angelommener französischer Offizier hat gemeldet, Tientsin seit 3 Tagen von chinesischen Truppen beschossen. Die Munition sei knapp.
2. vom 21. nachmittags: S. M. S. „Irene“ mit 240 Seesoldaten angekommen. Haben sofort Kommando begonnen, zusammen mit 880 Engländern und 1500 Russen (Infanterie und Artillerie), um Tientsin zu entsetzen. Eisenbahnkörper von Taku bis 15 Kilometer von Tientsin ist im Stande. Von Peking und dort hingeschickten Truppen noch keine weiteren Nachrichten. Den Verwundeten geht es befriedigend.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodrick machte Mitteilung über die Verluste bei dem Kampfe in Tientsin am 17. d. Mts. Die Verluste betragen: 1 Engländer tot, 5 verwundet; 1 Deutscher tot; 2 Italiener verwundet; 7 Russen tot, 5 verwundet.

Tschifu, 22. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von amtlicher Seite wird hierher gemeldet: Tientsin wird andauernd mit großen Geschützen beschossen. Die fremden Konzeptionen sind nahezu alle eingeschert; das amerikanische Konsulat ist zerstört. Die Russen am Bahnhof sind hart bedrängt. Verstärkungen sind dringend nötig. Die Verluste sind schwer.

New York, 22. Juni. (B. Z. V.) Der Sekretär der „Methodistischen Auslands-Missionsgesellschaft“ empfing ein Telegramm, das die Namen von drei durch ein Kanonenboot gerichteten Missionaren meldet. Daraus schließt er, daß die übrigen 24 Angehörigen der genannten Mission in Tientsin, unter denen eine Anzahl Frauen sind, ermordet wurden.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend!

Schon die zehnte Woche befindet sich nahezu die gesamte Tabakarbeiter-Schaft von Finsterwalde im Ausstand. Obgleich sie nur eine ganz geringe Aufbesserung ihrer elenden Löhne (75 Pf. pro 1000 Stück Cigaretten) forderten, lehnten die Fabrikanten dieselbe ab.

Die Arbeiter halten fest zusammen. Von den 407 meist weiblichen Personen, die in den Streik traten, sind nur sechs abgefallen. Für die Unternehmer handelt es sich um eine Wackprobe, die nicht bloß von den Cigarettenfabrikanten allein, sondern von dem vereinigten Unternehmertum von Finsterwalde ausgeht. Das selbe meint, daß wenn erst die Cigarettenfabrikanten zu höheren Löhnen gezwungen sind, auch die übrigen Industriezweige die Arbeitslöhne werden erhöhen müssen.

Arbeiter Berlins! Die Fabrikate von Finsterwalde werden nahezu ausschließlich in Berliner Restaurationen, Fabriken und Konsumvereinen verkauft. Wir glauben im Sinne der Arbeiterschaft Berlins zu handeln, wenn wir hiermit die Aufforderung an sie ergehen lassen, beim Einkauf ihrer Cigaretten und Tabakfabrikate darauf zu achten, daß dieselben nicht aus Finsterwalder Fabriken herkommen.

Diejenigen Fabrikanten, welche bis jetzt und nachträglich den Tarif bewilligten, werden seitens der Kommission der Berliner Tabakarbeiter im Inseratenteil des „Vorwärts“ Donnerstags und Sonntags veröffentlicht.

Arbeiter Berlins! Wartet auf die Veröffentlichung und verbietet dadurch den streikenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen zum Siege.

Der Ausschuss

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Spandauer Maurerstreik. Die „Spd. Ztg.“ schreibt in ihrer Dienstagsnummer: „Als heute morgen die Maurer, welche von Herr Wastjan an dem Neubau an der Ecke der Pinar- und Neudorferstraße beschäftigt werden, zur Arbeitsstelle kamen, vermischten sie ihre Arbeitslieder, welche sie für gewöhnlich dort zurückzulassen pflegen. Nach längerem Suchen wurden die Kleider in der Latrinengrube des Baues, natürlich in unbrauchbarem Zustande wiedergefunden. Man glaubt, daß es sich um einen Macheakt handelt, und es wird dabei unwillkürlich an einen oder mehrere der streikenden Arbeitskollegen gedacht. Ob dieser Verdacht irgend welche Veredlung hat, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.“ Schmach treibt also auch bei diesem Maurerstreik wieder sein Wesen; ohne daß auch nur der mindeste Anhalt für die Annahme, daß die Streikenden, deren Verhalten bisher ein geradezu musterhaftes war, die betreffende Schandthat begangen haben könnten, weiß die überhöhte Phantast gewisser Leute doch bereits, daß die Streikenden zu der Sache in Beziehung zu bringen sind. Die Streikleitung der Maurer bestreitet ganz energisch die Veredlung der hinterlistigen Verdächtigungen und hat dem Platte, welches von dem Unternehmer-Verband als Moniteur benutzt wird, eine geharnischte Veredlung zugestellt.

Deutsches Reich.

Gasarbeiterstreik in Mainz. Die Gasarbeiter der städtischen Gasanstalt sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Verhandlungen mit der Bürgermeisterei haben bisher noch zu keinem Resultat geführt. Die Bürgermeisterei erklärte den Ausstand anlässlich der be-

vorstehenden Gutenbergsfeier für ein Gewaltmaßregel, machte aber den Vorschlag, den Arbeitern vorläufig bis zur nächsten Stadtverordneten-Versammlung eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag zu gewähren, wenn die Leute die Arbeit sofort aufnehmen. In einer Versammlung des Verbands der städtischen Gasarbeiter wurde dieser Vorschlag der Bürgermeisterei einstimmig abgelehnt.

Ausland.

Der Redrikberg-Kopenhagener Pferdehändler-Konflikt vor der Gemeinde-Vertretung. Der Transportarbeiter-Verband hatte an die Gemeinde-Vertretung die Anfrage gerichtet, ob die Behauptung der Gesellschaft, daß sie wegen Vereinbarungen mit der Gemeinde keine längere Arbeitszeit bewilligen könnten, zu treffen sei, darauf mußte der Vorsitzende, Dr. Jacoby, der selbst die Vergleichsverhandlungen geleitet hat, erklären, daß allerdings damals der zehnstündige Arbeitstag von der Gemeindevertretung abgelehnt sei und nur 8 Arbeitsstunden für 2 Tage festgesetzt seien. Wenn aber die Direktion zu längerer Arbeitszeit geneigt sei auf Forderung der Arbeiter, brauche sie nur eine Anträge an die Gemeindevertretung zu richten, so würde dieselbe zweifellos bewilligt werden. Damit ist also dieser Einwand der Direktion hinfällig geworden.

Der dänische Eisenbahnarbeiter-Streit breitet sich immer weiter aus. Es haben jetzt auch die Arbeiter an der Strecke Haslev-Ølstrop die Arbeit eingestellt, die den Tagelohn von 2 Kr. auf 2,40 erhöht haben wollten.

Der Bauarbeiter-Ausstand in Stockholm kann jetzt als beendet betrachtet werden, seitdem sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter sich einem Schiedsgericht unterworfen haben. Der Spruch dieses Schiedsgerichts wird in einigen Tagen zu erwarten sein. Die Arbeit wurde Montag wieder aufgenommen.

Die Ausperrung in der Steinindustrie dauert fort, aber auch da scheinen die vorher so hochmütigen Arbeitgeber zu einer Lösung der Streitfrage geneigt zu sein. Der Steinarbeiter-Verband hat Gebirgsland gekauft und einen kooperativen Produktionsverein gegründet, wo die Hälfte (600 Mann) von den durch die Ausperrung arbeitslos Gewordenen jetzt beschäftigt sind.

Sociales.

Arbeiter und Unternehmer.

Zwei Rechtsfälle, die sich trefflich ergänzen und eine glänzende Illustration zu unsren Rechtszuständen liefern, geben wir ohne weitere Bemerkungen, so wie sie uns zugegangen sind.

Ohne Zuchthausgefängnis. In Wiesbaden wurde am 24. Mai der Italiener Maligetti, der dem Verband der Bau- und Erdarbeiter als Dolmetscher dient, des Morgens um 6 Uhr aus dem Bett geholt und verhaftet. Einige Tage zuvor hatte er mit einem Trupp italienischer Arbeiter, die von den Unternehmern als „Arbeitswillige“ herangezogen worden waren, und in einem Restaurant unter Aufsicht einiger Unternehmer mit Speise und Trank regaliert worden, eine lebhafteste Unterhaltung gepflogen. Die Unternehmer fürchteten, ihre Schützlinge könnten abspinnen und suchten vorzubeugen. Als Maligetti kurz darauf die Wirtschaft verließ, wurde er von einem Schutzmann verhaftet, aber nach kurzem Verhör wieder entlassen. Einige Tage später erfolgte jedoch die oben bezeichnete Verhaftung. Am 18. Juni, also nach fast vierwöchentlicher Unterjochung, war endlich die Gerichtsverhandlung. Dieselbe würde vielleicht auch jetzt noch nicht stattgefunden haben, wenn der Verband die Angelegenheit nicht in die Hände des Herrn Rechtsanwalts Dr. Log gelegt hätte. Als Zeugen waren zwei Unternehmer erschienen. Die Anklage lautete auf Rötigung und Drohung. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis; der Gerichtshof sprach jedoch den Angeklagten wegen Mangel an Beweisen frei; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. — Es ist schwer verständlich, wie in diesem Fall überhaupt Klage erhoben werden konnte; haben doch die Unternehmer ohne Zweifel kein Wort der Unterredung verstanden. Ihre Denunziation genügt trotzdem, einen Mann, der nur seine gewerkschaftliche Pflicht und sein gesetzliches Recht ausübt, wochenlang hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Das „gute Herz“ des Großunternehmers. Wenn jemand der Aufsicht gewesen sein sollte, die Mißachtung der Arbeiter-schutz-Bestimmungen in der Reichs-Gewerbe-Ordnung durch das Unternehmertum sei lediglich auf gewinnstüchtige Motive zurückzuführen und müsse deshalb streng geahndet werden, so ist er durch eine dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts Jäbarn stattgebende Verhandlung eines andern belehrt worden. Dort hatte sich der Direktor einer Baumwollspinnerei in Grandfontaine, Engel, zu verantworten, weil er jugendliche Arbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt hatte. Er suchte sich dabei damit zu entlasten, daß er aus „Mitleid“ gehandelt habe, um den armen Kindern einen etwas größeren Verdienst zu ermöglichen. Der Vorsitzende behandelte den Herrn Direktor denn auch mit ausgesuchter Höflichkeit und gab ihm wiederholt die offenbar zur Abschreckung von weiteren Gesetzesverletzungen ähnlicher Art bestimmte Veredlung: „Es wird Ihnen gewiß kein Mensch einen Vorwurf aus Ihrer Handlungsweise machen, Herr Direktor!“ Auch der Staatsanwalt fand nur „burchaus anständige Veweggründe“ für die Zuweisung der Angeklagten gegen die Gewerbe-Ordnung. Es ist dies, wie unser reichslandisches Parteiorgan feststellt, derselbe Herr, der gegen einige Steinarbeiter der Jäbarnen Gegend vor einigen Monaten eine 14tägige Gefängnisstrafe beantragte, weil sie auf der Arbeitsstätte an ihre Kollegen ihr Fährdosen, sowie Statuten und Auftrags verteilt hatten. Das „gute Herz“ des Direktors Engel, dessen Firma an jugendliche Arbeiterinnen trotz der gesetzlich längeren Arbeitszeit in 14 Tagen ganze 11 bis 12 Mark Accordlöhne zahlt, verdient dagegen eine milde Beurteilung, die in dem staatsanwaltschaftlichen Antrag auf 10 Mark Geldstrafe zum Ausdruck kam. Aber auch diese Füge, eine wahre Bagatelle für einen Baumwollbaron, schien dem Gerichtshof noch zu grausam. Er erklärte auf drei Mark Geldstrafe, weil der Angeklagte nur im Interesse seiner Arbeiterinnen gehandelt habe und eigennützige Motive nicht vorlägen. — Nun ist den Bestimmungen unserer Gewerbe-Ordnung in den industriereichen Vogeleyen mit ihrer bedauerndwert rücksichtlosen, aufs schlimmste ausgebeuteten Arbeiterschaft gewiß Geltung verschafft! Man bedenke: 3 Mark Geldstrafe für einen feineren Unternehmer, der dazu noch aus Mitleid zum Richter des barbarischen Gesetzes geworden ist! Hätte der Mann für sein „gutes Herz“ nicht anstatt der Strafe eine öffentliche Belobigung verdient?!

Gegen die Bäckerverordnung. Die Herren vom Vortrog haben sich noch immer nicht mit der Verordnung abgefunden, die ihrer Ausübungsfreiheit einige Beschränkungen auferlegt. So nahm der Verbandstag der Bäckereien der Provinz Sachsen, Anhalts und Thüringens folgende Resolution an: „Die in Schönebeck am 18. Juni auf dem XV. Verbandstag des Germania-Zweigverbandes der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringens versammelten Bäckereimeister erklären, der Bundesrats-Verfassung vom 4. März 1898 der Eigenartigkeit des Bäckereibetriebs wegen nicht nachkommen zu können, ohne eine erhebliche Schädigung zu erleiden oder ihre Waren dem Verderben auszugeben. Sie erklären ferner, daß die Verordnung die Autorität der Meister untergräbt, und demzufolge eine demoralisierende. Das gute Verhältnis zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen zertörende Wirkung zeitigt und das Bäckergerwebe in seinen Existenzbedingungen als Kleinergewerbe bedroht. Die versammelten Bäckereimeister beauftragten ihren Vorstand, beim hohen Bundesrat und bei den Handwerkerkammern der Provinz Sachsen, Anhalts und Thüringens zu beantragen, die Abänderung des Maximalarbeitstags in eine Minimalruhezeit von täglich 10 Stunden zu bewirken.“ — Es sind das immer wieder dieselben alten, schon oftmals widerlegten Einwände. Wüßte der Geiellenshaft ist es, dieser Agitation, die beharrlich auf Befreiung der Verordnung hinarbeitet, entgegen zu treten durch den Nachweis, wie notwendig die Bestimmungen der Verordnung sind.

Der Unterstützungsberein der Kupferschmiede Deutschlands (Zentral-Verein) hielt am 16. d. M. im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des im 19. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht verstorbenen Kollegen Schütz in üblicher Weise. Zu Punkt 2 wurde an Stelle des Ausschuhmittglieds S. Keiner Kollege Riedel gewählt. Bei der Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission ging Kollege F. Neumann als Obmann, Spittler, Fehner, Seidel, Städler, Ehling, Loh, Hübner und Fischkowsky als Controleure hervor. In betreff der Lohnbewegung teilte der Vorsitzende mit, daß sämtliche Meister und Fabrikanten unser Lohnsatz zugestimmt worden ist und daß am Sonntag, den 10. d. M., sich infolge unserer Forderungen 4 streikende Kollegen gemeldet haben. Der Verband der Kupferschmiederei-Bezirke Deutschlands (Bezirksverein Brandenburg) hat den in seiner Generalversammlung gefaßten Beschluß, den Minimallohn auf 47 1/2 Pf. die Stunde zu erhöhen, gehalten, während von den Innungsmeistern in drei Fällen wegen der Forderung Entlassungen zu melden waren. Innungsmeister Henke und Herling entließen je 1 Kollegen, Obermeister Münster bewilligte seinen Gesellen ebenfalls den Minimallohn nicht, so daß ein Mitglied die Arbeit niederlegte, ein Mitglied und zwei Unorganisierte weiter arbeiten. Es wurde den streikenden Kollegen die ihnen zustehende Unterstützung zugesprochen und die vollständige Durchführung des Minimallohns dem Vorstand und Innungsausschuss überlassen. Ein Mitglied fragte an, wie die zum Teil unwahre Kotiz über unsere Lohnbewegung in die „Volls-Ztg.“ gekommen wäre, ob dieselbe vom Vorstand ausgeht. Der Vorsitzende teilte darauf mit, daß nur dem „Vorwärts“ ein Auszug aus unsrem Vereinsprotokoll zur Veröffentlichung gesandt würde. Mitteilungen an Privatpersonen über unsre Vereinsangelegenheiten, um dieselben anderen Zeitungen zugehen zu lassen, werden nicht gemacht. Nur die Annoncen- und Versammlungsberichte, die über unsre Gewerkschaft im „Vorwärts“ stehen, sind als vom Vorstand ausgehend zu betrachten. Zu Punkt 5 erklärte sich die Versammlung mit dem Vorschlag des Vorstands, den Zillalbeitrag von 0,25 auf 0,40 M. zu erhöhen, einverstanden. Unter Gewerkschaftlichem wurde bezüglich eines Unterstützungsgesuchs beschlossen, das selbe beim Zentralvorstand zu befürworten. Revisor Stolte erstattete Bericht über die Revision der Bibliothek. Der Vorsitzende und der Verbandsobmann machten auf die in diesem Jahre stattfindenden Gewerbevereinstreffen aufmerksam, sowie auf das am 28. Juni stattfindende Sommervergnügen (Wanderschaft). Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß auch die Kollegen in Frankfurt a. M. in eine Lohnbewegung eingetreten sind, und daß die am 17. Juni im Gewerkschaftshaus stattfindende Provinzial-Konferenz, zu welcher der Zentralvorstand Kollege Wilschow aus Hamburg sein Erscheinen zugesagt hat, sich auch mit der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen in der Provinz Brandenburg befassen wird, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Rabitzspanner hielten am Sonntag, den 17. Juni 1900, bei Fenerstein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Riefel hielt einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation und wurde dem Referenten hierfür reichlicher Beifall gezollt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Quade als erster Bevollmächtigter, Döring als zweiter, Kersien als Schriftführer und Nerzer als erster Kassierer.

Ferner wurde einstimmig der Beschluß gefaßt: Bei allen Firmen, wo ein Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde noch nicht gezahlt wird, haben die Kollegen am Montag, den 18. Juni, früh, die Forderung auf 60 Pf. zu stellen. Bei Nichtbewilligung dieser Forderung ist am Dienstag, den 19. Juni, die Arbeit nicht aufzunehmen.

In einer Branchenversammlung der Hülshuharbeiter und Arbeiterinnen, die am 18. d. M. stattfand, hielt zunächst der Kollege Hamacher an Stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Schütte, einen Vortrag über: „Die treibenden Kräfte der modernen Arbeiterbewegung, an welchen sich eine Diskussion nicht angeschlossen. Eine längere Diskussion rief jedoch der 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Sperre über die Hülshuhfabrik von Aufse“, hervor. Während die Ortsverwaltung mit dem Einverständnis der Vertrauensmänner für Aufhebung derselben eintrat, wandte sich die Mehrzahl der Redner gegen Aufhebung derselben und wurde die Aufhebung der Sperre denn auch zum Schluß mit großer Majorität abgelehnt.

Eine gutbesuchte Versammlung der Rikenmacher tagte am Montag, den 18. d. M., im Gewerkschaftshaus. Genosse Kofke hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Politik und Gewerkschaften“. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Tischer und Sudel. Unter Vorsitzendem wurden die Listen zu den Gewerbevereinstellen ausgegeben, alsdann wurde noch der Vorfall der Firma Ludorf, Grüner Weg 117, debattiert und der Kommission überwiesen.

Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung fand am 14. Juni bei Schellhase in Steglitz statt, wo Genosse Flemming-Charlottenburg über Bauarbeiter-Schutz und Mißstände in den Werkstätten referierte. Referent empfahl, seine besondere Kommission zu wählen, sondern die Angelegenheit der Gewerkschafts-Kommission zu überweisen, welche als Beisitzes mit der Berliner Kommission Abklärung nehmen soll. In der Diskussion sprachen Frisch und Rechner im Sinne des Referenten und wurde hierauf der Vorschlag einstimmig angenommen. Unter Gewerkschaftlichem teilte der Domann mit, daß die Schuhmacher eine Lohnforderung gestellt hätten. Aber obgleich die Innung die Forderung anerkannt hätte, zahlten die Herren Adler, Wornstraße, Seiffert, Albrechtstraße, und Kersten, Marktstraße, den Loh nicht. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte und wurde die Gewerkschafts-Kommission beauftragt, mit den Herren Rücksprache zu nehmen und den Gewerkschaften umgehend über das Ergebnis der Verhandlungen Mitteilungen zu machen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Krieg in Südafrika.

Amsterdam, 22. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn-Gesellschaft ist die amtliche Mitteilung zugegangen, daß 1400 ihrer Beamten mit Familien ausgewiesen worden seien. Der niederländische Konsul in Lourenço Marques telegraphiert, nach vertrauenswürdigsten Mitteilungen sei eine Bekanntmachung veröffentlicht worden, daß diejenigen Beamten der genannten Gesellschaft, welche sich weigern, bei englischen Militärtransporten mitzuwirken, über Cap London nach Europa jurisdigehaft werden sollen.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) General Buller meldet aus Koolboof von heute: Die Infanterie ist, nachdem sie 22 Meilen marschiert war, heute hier eingetroffen. Die Kavallerie hat Standbosten besetzt, ohne Widerstand zu finden. Der Feind ist gestern abgerückt, nachdem er die Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt und noch weiteren Schaden angerichtet hatte.

Hamburg, 22. Juni. (B. Z. V.) Der „Hamburgischen Börsen-halle“ wird aus Melbourne vom 19. d. M. gemeldet: Goldhüter berichten von der Entdeckung eines wertvollen Auwal-Goldfeldes in Deutsch-Neu-Guinea; die Leute wollen die Certifikate nicht eher genau bezeichnen, als bis ihre Untersuchungen mit der deutschen Regierung zum Abschluß gekommen sind.

Paris, 22. Juni. (B. Z. V.) Die Amnestiekommission der Deputiertenkammer nahm nach langer Beratung einen Antrag an, dahingehend, die Regierung aufzufordern, kraft ihres Rechts der Initiative eine vollständige Amnestie-Vorlage einzubringen.

Der Mordprozeß Jänicke.

Vor dem Schwurgericht zu Potsdam begann gestern vor- mittag die Verhandlung über die mit so romantischen Neben- umständen verbundene Mordthat am Teufelssee, deren Opfer die 32jährige Schneiderin Luise Bergner aus Berlin geworden ist. Der Andrang des Publikums zum Schwurgerichtssaal, in welchem die Verhandlung stattfindet, ist außerordentlich groß, insbesondere nehmen zahlreiche Damen im kleinen Hörsaal Platz. Den Vor- sitz führt Landgerichtsrat Rademacher, Beisitzer sind Land- gerichtsrat Weikel und Gerichtsassessor Girsfeld, die An- walt des Vertheidigers Staatsanwalt v. Ditzfurt, die Verteidigung führt in Vertretung des Justizrats Ahmud der Gerichtsassessor Dr. Baum. Mit Rücksicht auf den Umfang der Verhandlung werden zwei Erhörungssitzungen ausgesetzt. Angeklagt ist der Fötter Eugen Jänicke aus Kowawes, ein schlank gewachsener junger Mann mit etwas melancholischem Gesichtsausdruck, dessen ganze Erscheinung nicht ver- mutet läßt, daß er eines Kapitalverbrechens fähig war. Er ist am 2. September 1878 in Kowawes, wo seine Eltern noch leben, geboren, war früher Fötter und hat sich zuletzt als Arbeiter ernährt. Er ist evangelischer Religion, nicht Soldat gewesen, ver- heiratet und einmal wegen Diebstahls mit 7 Tagen, einmal wegen Körperverletzung mit einem Tag Gefängnis bestraft. Unter den mehr als 50 Zeugen befindet sich die Ehefrau des Angeklagten, der kleine Gehilfe des Angeklagten bei der „Jauberei“, Schulknabe Robert Miß, die Großmutter und die Tante des Angeklagten und Kriminalinspektor Braun aus Berlin. Als Sachverständige sind Physikus Dr. Passauer, Dr. med. Schlichting, Dr. Karst und Gerichtschemiker Dr. Bischoff-Berlin zur Stelle. Der gleichfalls geladene Professor Dr. Mendel-Berlin meldet sich beim Auf- ruf nicht.

Der Angeklagte wird beschuldigt, am 21. März cr. die Schneiderin Luise Bergner

vorfällig und mit Ueberlegung getödtet zu haben. Er bekennt sich auf die Frage des Vorsitzenden für nichtschuldig und erklärt, daß höchstens eine Fahrlässigkeit bei der Beschädigung vorliege. Aus den Akten wird festgestellt, daß der Angeklagte noch mehrere Male verurteilt ist. — Der Verteidiger beantragt, mit den Feststellungen nach dieser Richtung hin und mit den Befragungen des Angeklagten nach seinen persönlichen Verhältnissen zu warten, bis Prof. Dr. Mendel zur Stelle sein werde, da die Kreuzverfragen des Angeklagten in dieser Beziehung für die Beurteilung seines Geisteszustandes wesentlich sein dürften. Der Vorsitzende sieht keinen Grund zu einer Verzögerung der Verhandlung ein, auch der Staats- anwalt widerpricht, der Verteidiger veranlaßt aber einen Gerichtsbescheid. Dieser geht dahin, daß in der Ver- handlung fortgefahren wird und bei dem Professor Dr. Mendel telephonisch über sein Erscheinen an Gerichtsstelle anzufragen. — Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte im Jahre 1895 zu Potsdam wegen Diebstahls an einem Bett zu einer Woche, in Ham- burg 1897 wegen Diebstahls an zwei Jodetts, in demselben Jahre wegen Wodendiebstahls zu 6 Monaten, außerdem wegen Körper- verletzung zu einem Tag Gefängnis verurteilt ist. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte weiter zu seinen Personalien: Er ist seit Juli vorigen Jahres verheiratet; aber seit dem 1. Oktober vorigen Jahres verläßt er in Berlin eine Portierstelle, wofür er freie Wohnung und 3 M. wöchentlich erhielt. Daneben arbeitete er von Weihnachten bis Februar in der Gewehrfabrik von Löwe, bis seine Frau krank wurde. — Präsi.: Sie haben Annoncen erlassen, wo- nach Sie sich zum

Kartenspielen

erhielten. Konnten Sie dem Kartenlegen? — Angekl.: Jawohl! Ich lege Karten und sage aus dem Ei wahr. — Präsi.: Wie machen Sie denn das? — Angekl.: Ich schlage das Ei ins Wasser. — Präsi.: Wann haben Sie die Luise Bergner kennen gelernt? — Angekl.: Ich lernte sie im Februar kennen. Sie wollte Karten gelegt haben, das that ich. — Präsi.: Was haben Sie ihr denn prophezeit? — Angekl.: Aus den Karten war zu sehen, daß sie bald neue Arbeit erhalten werde, und das ist auch eingetroffen. — Präsi.: Hat Fel Bergner Ihnen Geld bezahlt? — Angekl.: Jawohl. Sie hat mir nachher mehr bezahlt, weil sie von mir Auf- schlüsse über die Kartenlegerin Frau Cordus haben wollte, mit welcher sie Lotterien spielte.

Wie gewinnt man viel Geld?

Präsi.: Sie haben ja wohl dann selbst mit der Bergner Lotterien spielen sollen. Wie kam das? — Angekl.: Weil ich aus ihrer Hand und den Karten eriah, daß sie Glück habe. — Präsi.: Sie hat Ihnen dann 40 M. für ein Los der preussischen Lotterie gezahlt, das Geld haben Sie aber für sich verwendet? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Glauben Sie denn mit der Bergner zu gewinnen? — Angekl.: Ja; ich habe mit ihr mehrere Lotterien gespielt und ein Sympathiemittel zum Gewinnen angewendet. — Präsi.: Was ist denn das für ein Mittel? — Angekl.: Die Lose müssen Dämpfen aus Steckapfelblättern, Myrthen und Weihrauch ausgeht werden. — Präsi.: Wer hat Ihnen denn zu diesen Kartenspielen geraten? — Angekl.: Ich kenne dieses Mittel schon von früher. — Präsi.: Das Räudern half aber nichts? — Angekl.: Nein. Später kam die Bergner öfter zu mir und ich zu ihr. — Präsi.: Sie haben ihr dann noch ein Sympathiemittel angegeben, unter der Vorbedingung, daß sie daraus erziehen könne, ob Frau Cordus gegen sie etwas unter- nehmen würde. Was war das nun wieder? — Angekl.: Sie sollte sich vor den Spiegel stellen und Schwefel und Weinspiritus anzuhängen. Wenn sie dann etwas im Spiegel sehen würde, würde sie annehmen können, daß Frau Cordus gegen sie etwas vornehmen würde. — Präsi.: Sie hatten wohl mit ihrer Wahriagerei über- haupt viel zu thun? — Angekl.: Ja, sehr viel, ich hatte den ganzen Tag zu thun.

von Morgens früh bis Abends spät.

Die Herrschaften bezahlten, ohne daß ich etwas forderte. — Aus mehreren zur Verlesung gelangten Briefen, die am Kopfe ein mythisches Sympathiezeichen tragen, geht hervor, daß der Ange- klagte der Bergner die tollsten Sachen einzureden verstand. In einem Briefe vom 6. März sagt er, es thue ihm sehr leid, ihr mitteilen zu müssen, daß er Frau Cordus noch nicht aufgefunden habe. Er glaube, man werde schweren Stand mit der Frau haben und bitte um ihren Besuch. — Ein Brief der Bergner an den An- geklagten spricht u. a. davon, daß sie mit der „Flamme“ keine große Nähe gehabt habe. — In einem Briefe vom 9. März bittet Jänicke um Geld. Er brauche es wirklich dringend. Wenn sie morgen zu ihm komme, dann solle sie seiner Frau nichts sagen und nichts von den Geschäften sprechen, sonst gelinge es nicht, man müsse zu jedem Dritten stillschweigen, das sei Bedingung. Er verlangt 16 M. und 4 M. für seine Anlagen. — Dann muß Prüfen die Bergner aber wohl nichttraulich gegen die angeltsche Jauberei des Angeklagten geworden sein, dafür spricht ein Antwortsbrief des letzteren, in welchem er sehr unangenehm wird. Er schreibt darin: was sie eigentlich von ihm denke, sie habe ihn außerordentlich ge- kränkt, wenn sie nicht Abbitte leistete, dann würde er nichts mehr mit ihr zu thun haben. Er gebe ihr zu erwägen, was sie thun wolle. Er sei im Stande, sie wohlhabend zu machen und überlasse ihr nun, was sie unternehmen wolle. Entweder vertraue sie ihm und schide ihm das, was er brauche, oder aber sie rechne auf, was sie ihm bis dahin gegeben und ihre Verbindung sei abgebrochen. — Der An- geklagte erklärt, daß er nur deshalb zornig auf Fel Bergner ge- wesen sei, weil sie ihm gezeigt habe, die Cordus (seine doch besser gaudern zu können, als er. — In einem ferneren Briefe teilt er ihr wieder mit, daß er ihr ein Sericulus vom Hagenhauptmann Petermann verschaffen könne. Sie solle ihm 60 M. schicken und wäre sicher sein, daß sie mindestens

100 000 M. darauf gewinnen würde. Davon beanspruche er 1/3 und 1/3 der Mann, der das Glückrad drehe. Diesem müsse er auch als Handgeld die 60 M. zahlen. — Es liegt dann auch ein letzter Brief von der Hand der Bergner vor, in welchem sie schreibt, daß sie kommen und 40 M. mitbringen würde. — Präsi.: Nun kommen wir zu dem kritischen Tage, an welchem Sie den

Hofstufokus am Teufelssee

ausführten. Sie sagen, Sie haben ein Jauberbuch gelesen, in welchem etwas von Hymänen die Rede war. Wissen Sie denn, was Hymänen sind? — Angekl.: Jwerge. Ich habe solche Jwerge selbst gesehen am Teufelssee. — Präsident: Wollen Sie auch uns hier noch Ihre Kartenspielen vormachen? Sollte es nicht besser sein, wenn Sie sich hier mehr an die Wirklich- keit hielten. — Angekl.: Ich kann nur sagen, daß ich Jwerge ge- sehen habe. — Präsi.: Sie haben nun mit dem Hausdiener Just und der Bergner die Fahrt nach dem Teufelssee und die Beschädigung besprochen. Der Just hat wohl schon öfter Beschädigungen mit Ihnen vorgenommen? — Angekl.: Ja wohl. — Präsi.: Was wollten Sie denn durch jene Beschädigung erzielen? — Angekl.: Die Bergner sollte viel Geld gewinnen und andererseits sollte sie zur Liebe für Just bewogen werden. — Präsi.: Die Bergner hatte einen hohen Grad von Gläubigkeit Ihnen gegenüber bewiesen, Just scheint darauf noch weiter gegangen zu sein. — Angekl.: Just hat oft meine Beschädigungen beigezogen. — Präsi.: Sie haben also alle drei den Plan verabredet und sind wohl auf den Teufelssee gekommen, weil sie diesen rings von Bergen umgeben, düsteren See kannten. Wann wollen Sie denn die Jwerge gesehen haben? — Angekl.: Schon als Junge. — Präsi.: Haben Sie aber niemals von Ihren wunderbaren Erlebnissen jemand etwas erzählt? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Namen denn die Jwerge aus der Luft oder aus dem Wasser, oder woher? Was machten sie denn? — Angekl.: Sie spielten umher. — Präsi.: Wollen Sie uns wirklich solche thörichten Dinge denkbar machen? Sollten die Jwerge Ihnen nur das Geld ohne weiteres durch die Beschädigung schenken? — Angekl.: Die Geister sollten das rote Gold und zu Häuten legen. — Präsi.: Wieso ist denn nun der kleine Miß mit von der Partie gewesen? Bruno Miß war Ihnen von seinem Vater in Pflege gegeben worden? — Angekl.: Ja. Bruno Miß hat öfter solche Beschädigungen mit- gemacht und wollte gern auch am Teufelssee dabei sein.

Eine Beschädigung.

Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden erzählt der Angeklagte: Nach Verabredung sei er mit der Bergner und dem Bruno Miß — der Just sei nicht erschienen — um 6 Uhr von Berlin mit der Dampfbahn weggefahren und sei um 7 Uhr in Potsdam an- gekommen. Sie seien am Observatorium vorbei die Telegraphen- stangen entlang gegangen nach dem kleinen Havelberge. Dort am kleinen Thurm sei eine Einleitungsbeschädigung vor- genommen, er habe den mitgenommenen Mantel ausgebreitet, mit einem großen, dem Just gehörigen Jaubermesser einen Kreis gezogen und die Bergner dort hineintreten lassen. Er habe sich eine Wäsche vorgebunden und habe Jauberformeln gesprochen. — Präsi.: Sie hatten zwei Flaschen mitgenommen. Was enthielten diese? — Angekl.: Die eine ent- hielt Strichn und die andre Blausäure, daraus sollte eine Riktur gebraut werden, welche die Bergner trinken sollte. — Präsi.: Aber konnten Sie als Mensch mit gesundem Sinnen sich denn nicht sagen, daß eine solche Riktur tödlich sein müsse? — Angekl.: Au der Flasche mit Blausäure sollte die Bergner bloß riechen, die Schädlich- keit des Strichn sollte durch die Blüte von Haldekraut, Pflanz- nadeln und Harz gemindert werden.

Präsi.: Was sollte denn das Riechen an der Blausäure be- zwecken? — Angekl.: Das sollte die Sinne anregen. — Präsi.: Haben Sie denn derartige Beschädigungen mit Blausäure schon öfter vorgenommen? — Angekl.: Nein, zum erstenmal. — Präsi.: Wieso kamen Sie dazu? — Angekl.: Weil wir es so verabredet hatten. — Präsi.: Haben Sie denn der Bergner etwas davon gesagt, daß sie Strichn schlucken sollte? — Angekl.: Jawohl, sie hat es gewußt. — Präsi.: Wußte sie überhaupt, was Strichn ist? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Sie behaupten, daß Sie die Beschädigung, so wie Sie sie ausgeführt haben, in einem

Jauberbuch „Kabale und Liebe,

oder Dr. Haus's Jaubertraut“ gelesen haben? — Angekl.: Das ist richtig. Ich habe aber auch schon vorher mehrfach mit Giften Jauberereien betrieben. — Präsi.: Nennen Sie uns doch einmal einen solchen Fall. — Angekl.: Ich habe einmal einer Frau, die wegen ihres Namens zu mir kam, Kränke gegeben; den hat sie auf Schokolade gepresst und die Schokolade hat ihr Mann gegessen. — Präsi.: Hat das Mittel denn geholfen? — Angekl.: Ja wohl! — Präsi.: Sie behaupten, daß Sie am Teufelssee einen Jauberproben abgesehen, den Sie aus Wismuth zusammengeleitet haben. Hier liegen vor uns eine Anzahl von Wismuth, die bei Just vorgefunden worden sind und festsame Titel tragen, wie „Höllenzwang“, „Das 6. und 7. Buch Moses“, „Jaubertraut von Velschami“, „Ludwig von Cyprion, des Weltweisen Höllenzwang“, „Fauske Höllenzwang von Dr. Joh. Haus“, „Vollständige Sammlung ge- druckter und ungedruckter Geheimmittel.“ — Ueber die weiteren Ereignisse am Teufelssee erzählt der Angeklagte auf Befragen des Vorsitzenden: Am See angelangt, habe er einen Mantel an einem großen Baum ausgebreitet und man habe sich, ohne ein Wort zu sagen, gesetzt. Die Bergner habe ihr Portemonnaie weglegen müssen, da man bei dem Jauber Papier und Geld nicht bei sich tragen dürfe. Dann habe er mit dem Jaubermesser einen Kreis gezogen und Miß in einer Schale aus dem See Wasser holen. Er und die Bergner tranken das Wasser fast aus, gewissermaßen um sich innerlich zu reinigen. Mit dem Rest des Wassers besprangte er den Kreis. Dann wuschte der kleine Miß nochmals Wasser holen, er mischte die Jaubertriktur in die Schale, und die Bergner mischte dreimal die vorgeschriebene Beschädigungsformel sprechen und dann die Schale in drei Abzügen leeren. Dann ging man in den Wald hinein.

Der Tod der Bergner.

Nach etwa 17 Schritten fiel Fel Bergner auf das Gesicht. Er will sie umgedreht, ihre Taille aufgemacht und sie angerufen haben, ohne daß sie noch ein Lebenszeichen von sich gab. Er hat sich dann ihr Portemonnaie und ihre Schlüssel angeeignet und auch — wahr- scheinlich in der Annahme, daß es sich um ein Wertobjekt handle — einen Talisman, den sie um den Hals trug, angeeignet, diesen aber weggeworfen, als er sah, daß es sich um werthloses Papier handelte. Dann hat er die Schale, die Rutte und die Larve weggeworfen und ist, ohne sich um die am Boden liegende Bergner weiter zu be- kümmern, mit dem kleinen Miß schleunigst nach Berlin gefahren. — Präsi.: So schlug Ihnen das Gewissen! Und in Ihrer unendlichen Geldgier sind Sie in Berlin sofort in die Wohnung der Bergner geeilt, haben diese mit dem in Ihrem Besitz befindlichen Schlüssel geöffnet und dort nach Bergnerflucht ge- späbert. — Angekl.: Der kleine Miß, welcher in meinem Auf- trage tags vorher bei der Bergner gewesen war, hatte mir erzählt, daß in der Küche noch viel Geld liege und da dachte ich, es wäre doch schade drum, wenn er sich daselbe nicht angeeignete. — Präsi.: Von der Beschädigung war bei Ihnen nun nichts mehr zurück- geblieben. Sie dankten jetzt nur noch an sehr Aeales: an Geld und Geldwert. Sie hielten sich das Geld aus der Rutte der Bergner, nahmen die Stoffe, aus denen Röcke angefertigt werden sollten, in einem großen Bündel an sich, stahlen ferner einen Pfand- schein, auf den die Bergner einmal einen Regulator verfertigt hatte und verlegten diese Sachen schleunigst bei einem Pfandleiher. Nun kam Just, dem Sie vorgereicht hatten, daß bei ihm eine Beschädigung mit einer weißen Taube stattfinden müsse, und die Bergner in ihn verliebt zu machen.

Just. Was haben Sie Just gesagt? — Angekl.: Ich sagte ihm, ich sei mit der Beschädigung am Teufelssee nicht sehr zufrieden. Just konnte an diesem Tage nicht mit hinausfahren und so sollte die Beschädigung mit der weißen Taube am nächsten Tage vor sich gehen. — Präsi.: Wollten Sie nicht etwa den Just auch über Sie bringen, da er Ihnen ein unbequemer Zeuge sein könnte? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Gatten Sie nicht etwa auch wieder eine Flasche mit Blausäure oder Strichn bei sich? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Na, in die Tasche konnte Ihnen niemand sehen. Sie sind nun mit Just ganz dicht in die Nähe des Ortes gekommen, wo Ihre Beschädigung so mißlang. Haben Sie nun den geringsten Versuch gemacht, sich nach dem Schicksal der armen Bergner zu erkundigen? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Wohl aber haben Sie den Mut gehabt, jetzt noch den Hofstufokus mit dem andern vorzunehmen. Wollten Sie denn wirklich eine Beschädigung mit der Taube vornehmen? — Angekl.: Jawohl. Die Taube sollte geopfert werden. — Präsi.: Was wurde denn aus der Taube? — Angekl.: Die hat Just aus Versehen fliegen lassen und dann sind wir nach Hause gefahren. — Präsi.: Sie haben nun dem Just über das Schicksal der Bergner alles Mögliche vorgegeschwätzt und ihm aufgebunden: der Geist sei zornig geworden und habe die Bergner in einer Flamme davon getragenen. — Der Angeklagte bestätigt dies und giebt dann auf Befragen des Vorsitzenden eine

Darstellung der weiteren Ereignisse

bis zu seiner Verhaftung. Er bestätigt die schon bekannte Thatsache, daß er beim Verlassen der Bergnerischen Wohnung den Verdacht der dort vorhandenen Frau Beck und des Hauswirts erregt hat, daß Frau Beck ihn eines Tages begleitete, er aber auf dem Weg ihr entwich, und daß er dann schleunigst nach Berlin nach Dalmin zu seinen Eltern abgereist ist. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte sich mit dem Gedanken getragen habe, in Kopenhagen, Christiania oder in der Schweiz Arbeit zu suchen und daß er durch einen schlaunen Coup, nämlich einen nach Berlin geschickten, angeblich von seiner Frau herrührenden, aber von ihm selbst geschriebenen Brief versucht habe, falsche Gerüchte über seinen Verbleib zu verbreiten. Der Angeklagte bleibt dabei, daß er die Beschädigungsformel aus einem von Just erhaltenen Buche entnommen habe. Bei seiner Abreise von Berlin hat er das Pflegekind Miß und außerdem noch ein zweites (Säuglings-) Pflegekind mitgenommen.

Die Jauberbücher.

Auf Befragen des Vorsitzenden bezeichnet der Angeklagte ein bestimmtes Buch, aus welchem er die Beschädigungsformel entnommen haben will. Diese zur Verlesung gebrachte Formel ist eine Zusammen- stellung des unglücklichsten bläuhelben Lujianns. — Der Verteidiger verweist noch auf den Inhalt des Buches „Sechstes und siebentes Buch Rosis“ und eines unter dem Titel „Geistige Drachen“. — Ein andres Buch giebt Recepte, Jugendlichkeit zu erlangen und Herzensehsucht bei andern zu erregen. Es heißt darin etwa: Man nehme das Herz eines unschuldigen Ländchens und lasse es durch eine Viper verhängen. Die Viper wird sterben, dann nehme man den Kopf der toten Viper, zerlege ihn in einem Mörser zusammen mit der Pflanze Canabis in Pulver, setze ein Quantum vierjähriger Weines und etwas Laudanum hinzu und man wird volle Jugendfrische erhalten. — Der Angeklagte erklärt noch auf eine Frage des Vorsitzenden, daß Kartenlegen, Sympathiemittel und derartige Weisheiten in seiner Familie erblich seien. — Kreisphysikus San.-Rat Dr. Passauer und Dr. med. Schlichting geben Auskunft über den Verlauf der Leiche bei ihrer Auffindung. Die Obduktion hatte einen besondern Anhalt für eine Vergiftung nicht gegeben und als Todesursache war Erschöpfung angenommen. Dr. Passauer hat auch den Angeklagten, der vorgiebt, wiederholt an epileptischen Anfällen zu leiden, auf seinen Geisteszustand untersucht, aber keine Spur einer ernsteren Störung feststellen können. Eine längere Beobachtung des Geisteszustandes halte er nicht für geboten. — Der Verteidiger hält es doch Angeht, der ganzen Sachlage und mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten behaupteten Anfälle für geboten, in diesem Fall, wo es sich doch um ein Menschenleben handele, doch einen Psychiater mit der längeren Beobachtung des Angeklagten zu betrauen. — Präsi.: Jänicke, trauen Sie sich denn selbst einen

unklaren Verstand

zu? — Angekl.: Weiter nichts, als daß ich die Geister gesehen habe. — Der vernommene Untersuchungsrichter Gilijschewski be- fundet, daß er während der ganzen Dauer der Voruntersuchung keinerlei Bedenken bezüglich der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten gehabt habe. Der Verteidiger stellt den bestimmten Antrag auf psychiatrische Untersuchung des Angeklagten. Der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung über den Antrag bis nach Schluß der Verweilnahme vor. — Gerichtschemiker Dr. Bischoff giebt eine Darstellung von der Weisheit, wie er in der Leiche nach ihrer Erhumierung Strichn in solcher Menge vorgefunden habe, daß schon die Hälfte des Quantums töd- lich wirken würde. Er hält es für sehr möglich, daß nicht gleich das erste Hinfallen der Bergner den Tod derselben bedeutete habe, dieser vielmehr erst nach 10 bis 15 Minuten eingetreten sein dürfte. Die von ihm untersuchte Schale hat gleichfalls Spuren von Strichn ergeben, aber keine Spuren von andern Zuthaten, wie Haldekraut- blüten, Pflanznadeln usw.

Als erster Zeuge

wird der 10jährige Bruno Schmidt, der bei Jänickes in Pflege wahr, vernommen. Er ist mehrfach vom Angeklagten zur Bergner geschickt worden, um Geld zu holen, hat auch solches bekommen. — Er ist auch einmal mit zu Just gewesen und hat gesehen, daß dort mit einer Flüssigkeit, die aus einer Flasche gegossen wurde, ge- räuschet wurde. Als Jänicke die Partie nach dem Teufelssee machte, hat Frau Jänicke den Jungen mitgeführt, damit dem Angeklagten nichts passiere. — Von der „Vorbereitung“ am Teufelssee weih der kleine Zeuge nichts. Bei der richtigen Beschädigung habe Jänicke die Rutte und die Wäsche angelegt und als er in die kleine mit Wasser gefüllte Schale das weiße Pulver hineinstreute, habe er sich erst nach der Bergner umgesehen, damit nichts sähe. Er habe dann die Schale der Bergner gereicht und gesagt: sie solle aber auch alles austrinken und keinen Tropfen darin lassen. Sie that es, mischte die Schale über ihren Rücken werfen und ihm folgen. Nach etwa 15 Schritten sei die Bergner niedergebückt, Jänicke habe gesagt, sie werde wohl ein Gespenst gesehen haben. Jänicke habe ihr etwas vom Hals abgedundet, was schwarz ansah und aus Zeug bestand, und habe es weggeworfen, indem er sagte: davon sei sie gewiß ohnmächtig geworden. Sie sind dann beide von der Bergner weg- gelaufen und nach Berlin gefahren. Unterwegs hat ihn Jänicke gefragt, ob die Bergner Geld habe und wo es liege? Sie sind dann sofort in die Bergnerische Wohnung gegangen, er hat das Geld genommen und der kleine hat ihn beim Wegschaffen der Sachen nach der Pfandleihe, wo Jänicke etwa 28 M. erhielt, geholfen. Dem Jungen ist von dem An- geklagten bedeutet worden, nicht von dem Vorgefallenen zu sagen, sonst komme er auch ins Gefängnis, und hat 1,05 M. von dem An- geklagten erhalten. Aus Furcht hat der Zeuge bei seiner ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter nicht gleich die Wahrheit gesagt. — Auf Befragen des Verteidigers bestätigt der Zeuge, daß die Bergner es gesehen hat, als Jänicke die Flasche mit Blausäure im Walde aufpakte, daß sie aber nicht ge- fragt habe, wozu dieselbe sein solle. — Der Angeklagte behauptet: er habe, als er das Pulver in die Schale geschüttet, daran gemerkt; es habe sehr bitter geschmeckt und da habe ihm die Bergner die

Schale weggenommen und gesagt: Ach, Sie sind ja ein Hofensfuß, geben Sie mal her!

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Zust.

Der Diener Hermann Just, augenblicklich außer Stellung, hat den Jänide im Februar infolge einer Annonce kennen gelernt, in welcher er sich als „Zigeuner Jänide“ zum Kartenlegen und Eindeuten anpries. Er glaubte, ein Mittel zu erhalten, um Frauen und Mädchen Liebe zu ihm, dem verheirateten Manne, einzuflohen. Der Angeklagte sagte, daß er das machen könne und gab ihm ein rötliches Pulver, womit er einen Brief schreiben und den Brief einen Tag liegen lassen sollte. Außerdem sollte er eine Blume in eine rötliche Flüssigkeit stecken und trocknen lassen und sie in den Brief legen. Er hat 5 oder 6 M. dafür bezahlt. — Präsi.: Haben Sie das Mittel auch probiert? — Zeuge: Ja, mit einem Mädchen in der Fellebergerstraße, es hat aber nichts genutzt. (Heiterkeit.) — Präsi.: Was geschah nun, als das Mittel versagte? — Zeuge: Dann gab er mir ein Pulver, welches nach Kaphthalin roch und welches ich auf die Treppenstufen streuen sollte. — Präsi.: Haben Sie es auch gethan? — Zeuge: Ja wohl, mit einer älteren reichen Dame, aber es hat nichts gewirkt. (Heiterkeit.) — Präsi.: Was geschah dann? — Zeuge: Er sagte, dann müssen wir die Geister beschwören, wenn ich Mut habe. Er räucherete alsdann mit einer Flüssigkeit, ich mußte „Mephisto“ sagen, aber der Geist kam nicht. — Präsi.: Warum denn nicht? — Zeuge: Er sagte, ich müßte den Geist erlösen haben und es müßte nochmals versucht werden. Ich mußte mit Blut einen Zettel schreiben, der etwa folgenden Wortlaut hatte: „Lieber Geist, ich wünsche von Dir, daß Frau Friederike v. B. von dieser Stunde an bis ans Ende mich liebt über alles und alle meine Wünsche sofort erfüllt. Sie soll für mich sorgen und mir sofort aus Liebe zu mir 150 M. schenken. Später soll Frau G. und Frau W. mich lieben mit der ganzen Glut ihres Herzens. Diese drei Weiber sollen keinen andern lieben als mich allein. Lieber Geist, wenn Du es machst, daß alle diese Weiber ohne mir keine Ruhe haben, so will ich Dir ewig dienstbar sein.“ — Präsi.: Nun, konnten Sie sich denn nicht selbst sagen, daß ein so ungläublicher Unsinn Ihnen nicht helfen konnte? — Zeuge: Geholten hat's ja allerdings nicht. (Heiterkeit.) — Der Zeuge erzählt auf weiteres Betragen des Vorsitzenden, daß Jänide ihm alsdann gesagt habe, es müsse der Geist zunächst verjöhnt werden. — Präsi.: Haben Sie ihm nochmals Geld gegeben? — Zeuge: 15 M. — Präsi.: Haben Sie für den Angeklagten mal Blausäure und Strichnium besorgt? — Zeuge: Ja wohl, die Blausäure für den Hund und das Strichnium für Rausch. Wenn der Angeklagte seine Beschwörungen vornahm, murmelte er immer unverständliche Worte. Einmal sagte er, er habe den Geist in Gestalt einer schwarzen Schlange mit großem Schwanz auf meiner Schulter gesehen, ich habe aber nichts davon gemerkt. (Heiterkeit.)

Der Angeklagte hat dann dem Zeugen in Aussicht gestellt, daß er mit Hilfe der Zwergge am Teufelssee den Geist verjöhnen und 150 M. erlangen könnte. Er hat sich dann mit ihm auf den Weg gemacht, hat in Nowawes eine weiße Taube gefasst und beide gingen an den Teufelssee. Dort umschritten sie den See, Jänide kniete nieder, murmelte etwas und gebot ihm, die Taube fliegen zu lassen. Als das geschehen war, sagte er: Sie haben nun erreicht, wonach Tausende sich sehnen. Der Zeuge erklärte, daß der Geist aber nicht erschienen war. Jänide erwiderte: Desto besser, sonst wäre es Ihnen vielleicht so gegangen, wie der Bergner. „Was ist mit der Bergner?“ fragte der Zeuge und Jänide erklärte: Sie ist tot! Sie hat die ihr gewordenen Weisungen nicht befolgt und da hat sie der Geist mitten aufs Wasser geführt, es sei eine Flamme emporgeschlagen und Hrl. Bergner war nicht mehr. Auf der Rückfahrt, während der Zeuge noch erschüttert war von der Nachricht, hat Jänide ihm gesagt, er müsse noch ein Werk für den Geist verrichten. Er müsse zur Wohnung der Hrl. Bergner in der Reichsbergerstraße gehen und zwei Nähmaschinen für ihn holen. Dessen hat er sich geweigert, es dann aber übernommen, einen Zettel nach der Reichsbergerstraße, in welchem Jänide so that, als lebe die Bergner fort, zu tragen. Auch diesem Zeugen hat der Angeklagte anbefohlen, von der Beschwörung am Teufelssee niemand etwas zu sagen.

Kriminalinspektor Braun

berichtet über die Recherchen, die nach der vernichteten Bergner angestellt wurden und über die bekannten Umstände, unter denen die Verhaftung Jänides schließlich erfolgte. Dieser stellte zunächst die ganze Sache als harmlose Beschwörung dar. Nach Ansicht der Polizei hat wohl Jänide die Absicht gehabt, Just auch nach dem Teufelssee zu führen und ihn gleichfalls dort verschwinden zu lassen. Er mochte sich wohl gefügt haben, daß wenn der verheiratete Just dort am Teufelssee bei der Bergner gefunden wurde, man sicher auf ein Liebesdrama und Selbstmord schließen würde. Der Zeuge hat den Jänide keineswegs für geisteskrank, sondern für einen ganz vernünftigen Menschen gehalten, der von vornherein wußte, was er mit der Bergner machen wollte und in seiner Gouernschlauheit die übrigen gefoppt hat. — Der Verteidiger Dr. Braun meint, daß damit doch die ungläubliche Dummheit in Widerpruch stehe, daß der Angeklagte zu solcher That den kleinen Miß mitgenommen hat. — Zeuge giebt zu, daß es eine Dummheit war, den Jänide auch noch in die Wohnung der Bergner mitzunehmen, meint aber, daß er sich wohl in der Intelligenz des Knaben getäuscht habe.

Zeugin Frau Beck hat mit der Bergner als Plurnachbarin in demselben Hause gewohnt und von ihr von der Frau Cordus gehört. Die Bergner habe früher manchmal gesagt, sie wolle nach Granada gehen, dann aber habe sie plötzlich gesagt, sie brauche das nicht mehr, denn ihr sei viel Glück prophezeit; Frau Cordus habe ihr gesagt: wenn die Bäume blühen werden, werde auch ihr Glück blühen. Von Jänide hat sie nichts erzählt. Am 20. März hat sie mitgeteilt, daß sie am nächsten Morgen ganz früh nach Potsdam reisen müsse, sie hat die ganze Nacht gearbeitet und die Zeugin hat sie dann nicht wieder gesehen. Den Angeklagten hat sie am 21. März mittags mit dem kleinen Knaben vor ihrer Thür gesprochen. Er hatte angepöflet und gesagt, Hrl. Bergner lasse grüßen und bitten, sich nicht zu ängstigen, wenn sie spät abends oder erst morgen früh komme. Er behauptete, sie wäre seine Cousine und befände sich bei ihm Weislichstraße 4. Die Zeugin schildert ausführlich, wie der Angeklagte unter dem Vorgeben, daß er etwas mitbringen solle, die Wohnung der Bergner aufgeschloffen und dann, mit großen Bündeln bedeckt, das Haus verlassen habe. Am nächsten Tage hat dann Just den angeblich von Fräulein Bergner geschriebenen Zettel überbracht, sie sah, daß dies nicht mit deren Handschrift war und so ist denn der Verdacht immer größer geworden, namentlich als Jänide am nächsten Tage wieder im Hause erschien und von der Zeugin und dem Hauswirt Rudolph gestellt wurde. Er hat sich Engen Müller genannt und gesagt, Hrl. Bergner habe sich den Arm verkratzt und weile bei ihm in der Weislichstr. 4. Darauf folgte die bekannte Scene, daß die Zeugin den Angeklagten nach der Weislichstraße begleitete und dieser in der Turnstraße ein Haus mit doppeltem Ausgange benutzte, um zu entweichen. Die Zeugin erklärt mit großer Lebhaftigkeit, daß Jänide sie erst angefordert habe, mit ihr in einer Droschke nach Moabit zu fahren. Das hätte sie aber um keinen Preis gethan, denn sie hätte das bestimmte Gefühl gehabt, daß er sie dann auch um die Gasse gebracht haben würde! — Es wird übrigens festgestellt, daß zu der Zeit, als Fräulein Schnell den Angeklagten kennen lernte, dieser große Ohrringe (nach Art der Zigeuner) getragen hat.

Mit der Zeugenvernehmung wird noch bis zu später Abendstunde fortgefahren und dann die Sitzung auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein des zweiten Reichstags-Wahlkreises beantragte am Sonnabend einen Ausflug nach der Treptow-Steinwarte. Der Direktor Ardenhold hat sich mit dankenswerter Freundlichkeit bereit erklärt, den Mitgliedern einen

Vortrag zu halten über: „Meine Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis in Algier“. Die Mitglieder werden daher ersucht, kurz vor 9 Uhr vor der Steinwarte zu sein. Um 9 Uhr beginnt der Vortrag, danach Besichtigung des Fernrohrs. Billets sind zu dem ermäßigten Preise von 50 Pf. in allen Zahlstellen erhältlich.

Ein Kinderfest, das von den Parteigenossen des 4. Reichstags-Wahlkreises Ostern arrangiert worden ist, findet am Montag im Jnbs Ostbahn-Parl. Kinderdortstr. 71, statt. Wie in früheren Jahren, so wird auch diesmal zu erwarten sein, daß die Arbeiterkassen sich mit Kind und Regel zahlreich an dem der Jugend gewidmeten Fest beteiligen.

Die Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises halten am heutigen Sonnabend in der Branerei Friedrichshain am Königsplatz ein Volksfest ab, zu dem die Arbeiterkassen Berlins und der Umgegend hiermit eingeladen wird. Das Fest besteht aus Konzert und Tanz; um 9 Uhr findet die Aufführung der lebenden Bilder „Aus dunkler Zeit“ statt.

Achtung, 6. Wahlkreis! Um denjenigen Arbeitgebern, welchen es an Zeit mangelt, Gelegenheit zu bieten, sich dennoch in die Wahllisten zu der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahl einzutragen zu lassen, haben sich untenstehende Genossen bereit erklärt, Anmeldungen in Empfang zu nehmen und richtig abzuliefern. Auch sind dieselben Formulare zur Eintragung in die Wahllisten zu beziehen und wird jede Anstalt erteilt: für den 37. Wahlbezirk bei: Hoppe, Adlerstr. 21; Diele, Adlerstr. 123; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Geisler, Veteranenstr. 4; Linsow, Anklamerstr. 53; für den 40. Wahlbezirk bei: Seidel, Reue Hofstr. 38, Krause, Müllerstr. 7a, Giesel, Bohnenstr. 40, Dobath, Zellerstr. 3; für den 46. Wahlbezirk bei: Krawczal, Müllerstr. 169a, Tauschel, Wiesenstr. 20, Dornbusch, Pötelwallerstr. 9.

Wir ersuchen unsere Genossen, welche Arbeitgeber sind, sich zahlreich einzutragen zu lassen und überhaupt sich recht reger an der Wahl zu beteiligen, um zu verhindern, daß Leute gewählt werden, deren Urteil durch den engherzigen Klassenstandpunkt beeinflusst wird.

Kommunales.

Schulverjämmerstrafen. Nach einem Schreiben des Oberpräsidenten von Berlin an den Magistrat haben der Kultusminister und der Minister des Innern unter Abänderung des bisherigen Verfahrens, wonach die Festsetzung und die Einziehung von Schulverjämmerstrafen auf Antrag der städtischen Schuldeputation durch das Polizeipräsidium bewirkt wurde, genehmigt, daß die Festsetzung zur Festsetzung und Einziehung von Schulverjämmerstrafen in Berlin bis auf weiteres dem Oberbürgermeister übertragen werde. Das vorgeschlagene Verfahren soll nach Beschluß des Magistratskollegiums vom 1. April 1901 in Kraft treten.

Auf 98 700 Mark belaufen sich, wie jetzt festgestellt ist, die Kosten, die den Berliner Steuerzahlern aus der Straßenausmündung bei Gelegenheit des vom österrichischen Kaiser hier abgehaltene Weinschmaus erwachsen. Wegen der Nachbeteiligung der 48 700 M. mag es vielleicht noch eine recht interessante Debatte im Stadtparlament geben.

In Stelle der auf dem Riesgut Seinerdorf eingerichteten Heimstätte für Genesende, welche bekanntlich durch Witzschlag unbrauchbar gemacht worden ist, sollen nach Beschluß des Magistratskollegiums daselbst zwei Baracken zu je 16 bis 18 Betten, um die Pflegekinder vorübergehend aufzunehmen zu können, errichtet werden.

Vom Fleischtransport. Das Magistratskollegium hat beschlossen, dem vom Polizeipräsidenten beabsichtigten Erlaß einer Polizeiverordnung betreffend den Transport von Fleisch seine Zustimmung zu erteilen.

Lokales.

Für Kartoffelesser

sind Juni und Juli die schlimmsten Monate des ganzen Jahres. Um diese Zeit sind die alten Kartoffeln schon recht teuer und obenein schlecht und die neuen sind noch nicht billig. Die alljährliche Steigerung der Kartoffelpreise beginnt in der Regel schon im Lauf des Winters, doch ist sie da zunächst noch gering. Zählbarer wird sie gewöhnlich erst im Frühjahr, zu Beginn des Sommers aber erreichen die Preise meist eine ganz außerordentliche Höhe. Wenn 10 Pfund Kartoffeln beim Grünkrauthändler im Oktober 25 Pf. kosten, dann hat man für dieselbe Menge im Juni 40 Pf. und im Juli oft 50 Pf. zu bezahlen. Die Kartoffelesser aus Liebhaberei — es giebt solche, doch sind sie ziemlich rar — sehen über derartige Preissteigerungen vielleicht eher hinweg. Aber die Kartoffelesser aus Zwang — die empfinden es bitter, daß sie jetzt fast doppelt so viel wie im Herbst für ihre Kartoffeln ausgeben müssen. Diese Kartoffelesser aus Zwang sind leider sehr zahlreich! In ärmeren Familien gehört die Kartoffel neben dem Brot zu den Hauptnahrungsmitteln. Eine Familie von 2 Erwachsenen und 4—6 Kindern verbraucht davon so große Mengen, daß schon geringe Preiserhöhungen sehr bald recht bemerkbar werden. Wo an jedem Tag durchschnittlich 10 Pfund Kartoffeln verbraucht werden, da müssen im Juni und Juli für dieses Nahrungsmittel täglich 15—25 Pf. mehr ausgegeben werden als im Oktober oder November. Das macht etwas aus, wenn man mit Großem und Kleinem rechnen muß! Und dieser Mehrausgabe kann sich der Unbemittelte auf keine Weise entziehen, weil es für ihn gerade bei der Erhöhung der Kartoffelpreise ein Entrinnen nicht mehr giebt. Die Kartoffel ist ja ohnedies schon die letzte Zuflucht des Armen. Sie spielt die wichtigste Rolle in seinem Haushalt, sie behauptet Tag für Tag den ersten Platz auf seinem Tisch. Sie ist es auch, die ihm immer wieder als Ersatz für andre, wertvollere Nahrungsmittel dienen muß, sobald diese im Preise zu steigen beginnen: für Fleisch, für Brot, für bessere Gemüse. Wenn aber die Kartoffel selber teurer wird, dann ist kein Ersatz mehr möglich; es giebt eben kein Nahrungsmittel, das noch billiger und schlechter wäre als die Kartoffel. Bei richtigen Kartoffelsteuerungen pflegt daher den Allernärmsten auch heutzutage immer noch nur der eine Ausweg zu bleiben, daß sie selbst ihren Verbrauch an Kartoffeln einschränken, d. h. — hungern.

Die deutschen Richter erfreuen sich in der Scharfmacherpresse hochgetarntem Lobes, wenn sie brav Klassenjustiz üben. Wehe aber einem Richter, wenn er sich getraut, auch dem Arbeiter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dann kann er darauf gefaßt sein, daß die Presse, die sich sonst für Stärkung der Autorität um jeden Preis begeistert, ihm ungeniert die angenehmsten Insulte an den Kopf wirft. Ein solches Beispiel giebt gegenwärtig die von Herrn v. Stumm ausgehaltene „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“. In seiner letzten Nummer leitet das Unternehmerrblatt einen Artikel mit folgenden Worten ein:

Daß in unserer Zeit sozialpolitischen Ueberchwangs sich im großen Publikum zuweilen die Karsten Rechtsbegriffe zu Gunsten wohlgeheimerer Gefühlserregungen verwirren, ist nichts Neues mehr. Daß aber auch im preussischen Richterstand die moderne Sozialpolitik bereits die Köpfe zu verdrehen beginnt, dafür hier ein Beispiel.

Frägt man nun, wodurch der deutsche Richterstand die schwere Beleidigung verdient habe, daß sich in ihm die Köpfe zu verdrehen beginnen, so rückt das Blatt mit der Meldung heraus, daß ein Arbeiter, der in einem rheinischen Fabrikbetrieb eine für ihn zu schwere Arbeit nicht verrichten wollte und deshalb sitzenden Fußes auf die Straße gesetzt wurde, den schuldigen Lohn für 14 Tage

vom Amtsrichter zugesprochen erhielt. In den angeführten Urteilsgründen heißt es:

Kläger ist stets seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Beklagten nachgekommen, nur in diesem Fall hat er sich geweigert, die ihm aufgetragene Arbeit auszuführen, obwohl er als Arbeiter dazu verpflichtet war. Wenn ihm auch wiederholt der Auftrag zum Fortbringen der Kohre erteilt ist und er alle diese Aufträge abgelehnt hat, so ist er doch nur einer Verpflichtung nicht nachgekommen. Das Gesetz giebt aber ein Recht zur sofortigen Entlassung nur dann, wenn der Arbeiter beharrlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Beklagte hätte also abwarten müssen, ob Kläger auch noch in einem andern Fall sich weigerte, seine Pflicht zu thun; dann erst wäre er Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Diese selbstverständliche Auslegung des § 123, für die aus jedem Gebetverpflichtung Beispiele beigebracht werden können, und die auch bei aller juristischen Listerei gar keiner andren Auslegung Platz machen kann, wird in der „Korrespondenz“ zu Gunsten des in seinem Dünkel gekrankten Unternehmers in eine „erhaben einsam“ dastehende Interpretation umgelogen. Und das alles, weil das in Betracht kommende Gericht nicht begriffen hat, daß die Unternehmerr-Autorität etwas höheres ist als die Autorität der Gerechtigkeit.

Der von dem Unternehmerrblatt insulterte Amtsrichter kann noch von Glück reden, wenn es bei der ihm öffentlich zugesagten Beleidigung sein Bewenden hat und er nicht darum, daß er ein gerechtes und daher dem Unternehmerrtum unbedeutsames Urteil fällte, mit dem gesellschaftlichen Postamt belegt wird.

Im Berliner Röttischen Stechenhause an der Prenzlauer Allee war die Besuchszeit bisher für alle Tage der Woche im Sommer auf die Stunden von 2—5 Uhr nachmittags festgesetzt. Hierin soll eine dem Publikum wie den Hospitaliten sehr unangenehme Aenderung eintreten. Am Eingang in der Frobelsstraße ist am linken Thorflügel ein Blechschild angebracht, worauf bekannt gegeben wird, daß der Besuch vom 1. Juli ab nur Sonntags, Mittwochs und Sonnabends von 2—3 Uhr gestattet sein soll.

Die Insassen des Stechenhauses saubten ein mit vielen Unterschriften versehenes Gesuch um Aufhebung dieser Maßregel an das Kuratorium ab, ohne daß ein Erfolg erzielt wurde. Bedenklich wäre es, wenn das unter den Hospitaliten verbreitete Gerücht sich bestätigen sollte, daß die Aenderung vornehmlich auf Antrieb des jetzigen Arztes eingeführt ist, der seinen Rundgang um 5 Uhr beginnt, während der frühere Arzt erst um 6 Uhr zur Stelle war. Durch diese Aenderung soll es den Wärterinnen unmöglich geworden sein, rechtzeitig ihre Arbeit zu beenden. Statt nun unter solchen Umständen den Arzt zu bitten, daß er den Rundgang zu einer späteren Stunde beginne, hat man bei den Bewohnern des Stechenhauses, die doch nicht gut als Gefangene betrachtet werden können, den Verkehr mit ihren Verwandten und Bekannten wesentlich beschränkt. Hoffentlich giebt man nunmehr den wohl gerechtfertigten Wünschen der Hospitaliten statt und läßt es bei der alten Ordnung.

Das Fest der Hauswirte. Des Alltags ewiges Einerlei weicht eine für den Staat besonders wertvolle und wegen ihrer Verdienste auch mit Vorrechten aller Art ausgesetzte Menschengruppe sich zweimal im Jahre angenehm zu verschönern. Zur Sommerzeit im Juni wie im Dezember heben frohe Feste an, die vor andren Festen das Angenehme voraus haben, daß sie statt etwas zu kosten, ihren Veranstaltern immer eine hübsche Summe Geldes einbringen. Die Leute, die so des Lebens ungenüßige Freude zu schärfen wissen, heißen Hauswirte und ihre Feste sind als Rietssteigerungen bekannt. Auch jetzt beginnt wieder ein allgemeines Hinanfschrauben und bringt die Rieter, vor allem soweit sie keine Leute sind, fast zur Verzweiflung. Mit welcher Energie diesmal besonders gegen Arbeiterwohnungen vorgegangen wird, zeigt ein Beispiel aus Nordorf. Dort ist die Rietskasernen Berlinerstraße 55 von etwa 60 Parteien bewohnt, die sich vorgestern, soweit es möglich war, samt und sonders der Aufmerksamkeit ihres Hauswirts, eines in Berlin wohnhaften Thierarztes, zu erfreuen hatten. Die Rietspreise in dem Hause sind durchweg um den dritten Teil des bisherigen Betrags erhöht worden; so fordert der Wirt z. B. für eine Behausung, die bisher 13 M. monatlich kostete, jetzt 19 M. und für solche Rietsräume, die 15 M. einbrachten, 20 M. In ähnlicher Weise gehen die Rietspreise in den meisten Arbeitervierteln in die Höhe; und weber dem Staate noch der Stadtgemeinde fällt es ein, wider den Volkstand, den die Hauswirte hervorgerufen, einen Finger zu rühren. Wohl aber müht sich der Staat, durch Juchthausgehege, Streikosterfolgung und ähnliche Mittel die Arbeiter zu belämpfen, die mit Hilfe des Koalitionsrechts bestrebt sind, ihre vom ordnungsfähigen Hauswirt beträchtlich verringerte Lebenshaltung annähernd auf alter Höhe zu erhalten.

Die Berliner Musikinstrumenten-Fabrikation und von ihren Zweigen ganz besonders der Klavierbau und die damit in Verbindung stehenden Betriebe der Holz-, Metall- und Holzfabrikation haben sich in den letzten Jahren recht gedeihlich entwickelt. Im Deutschen Reich waren im Jahre 1875 etwa 240 Betriebe mit 5560 Arbeitern vorhanden. Bei der letzten Volkszählung hatte sich diese Zahl auf 6745 Betriebe mit einer Arbeiterzahl von 20 233 Personen gesteigert. In der Hausindustrie sind außerdem noch über 2000 Personen beschäftigt. Die innerhalb der Spielwaren-Industrie beschäftigten Betriebe und Arbeiter, die zum Teil Musikinstrumente als Spielzeug herstellen, sind hierbei nicht berücksichtigt.

Auf die Berliner Fabrikation entfällt in diesem Geschäftszweig mehr als der vierte Teil der Gesamtindustrie Deutschlands. Die Sektion „Berlin“ der Berufsvereinsvereine der deutschen Musikinstrumenten-Industrie zählte 1895 bereits 362 Betriebe mit 11 612 Arbeitern; seitdem sind beide Ziffern noch beträchtlich erhöht worden. — Die Gesamtproduktion hatte 1875 einen Wert von annähernd 15 Millionen Mark, 1897 betrug sie 70 Millionen Mark und dürfte bis 1899 um weitere 10 Millionen Mark gestiegen sein. Auf die Ausfuhr entfallen davon 55—60 Proz.

Die Eröffnungsfeier des in Groß-Lichterfelde errichteten Krankeuhouses des Kreises Teltow findet am Dienstag, 26. Juni, nachmittags 1 Uhr, statt.

Eine furchtbare Familientragödie hat sich gestern früh in der Brangelstraße abgespielt. Die Ehefrau des Klempners Heinrich Sogolewski hat nach einem Streit mit ihrem Mann ihre vier Kinder aus dem Fenster des vierten Stocks auf den Hof hinabgeworfen und dann sich selbst durch einen Sturz aus dem Fenster anzubringen versucht. Die Katastrophe ist um so entsetzlicher, als die Veranlassung nicht, wie in früheren ähnlichen Fällen, in grenzenloser Not und Verzweiflung, sondern mehr in augenblicklich aufwallender Leidenschaft zu suchen ist, wenn auch der Niedgang der wirtschaftlichen Verhältnisse dabei eine Rolle spielte. Ueber die Einzelheiten der furchtbaren That wird folgendes berichtet:

In dem Hause Brangelstr. 126 wohnt seit drei Jahren im zweiten Stock des Energiegebäudes der Wäbeige Klempner Heinrich Sogolewski mit seiner gleichaltrigen Frau Anna geb. Sogolewski. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor: Harry, geb. am 28. April 1894, Wallu, geb. am 10. Januar 1898, Charlotte, geb. am 18. November 1897, und ein 8 Monate alter, noch nicht getaufter Knabe. Sogolewski hat einst bessere Tage gelebt. Als Waisenknabe fand er unter der Vormundschaft eines Gönners, der ihn gut erziehen und in der Klempnerei ausbilden ließ. Er heiratete aber, bevor er Soldat gewesen, und während seiner Militärdienst schumpfte sein Vermögen von ungefähr 3000 M. arg zusammen. Der Rest ging dann während einer Krankheit drauf. Der Mann arbeitete als Klempnergehilfe an verschiedenen Stellen, zuletzt in einer Fabrik in der Köpplerstraße, während Frau S. die Hauswirtschafft besorgte und auch durch Aufwarten noch etwas dazu verdiente. Trotzdem mußte es nicht vorwärts gehen, und von der hübschen Einrichtung verschwand nach und nach manches Stück. Die ungunstige wirtschaftliche Lage gab häufig zu Verstimnungen zwischen den Eheleuten Anlaß. Im Jah-

zum Itege sich Sogolewski auch hinstrecken, sich an seiner Frau thätlich zu vergreifen. Später hat es ihm leid und jedesmal strebte er bald eine Verzeihung an, die auch immer zu Stande kam. Zu den Nachbarn äußerte die Frau oft, sie werde das Leben auf die Dauer nicht ertragen. Am Sonnabend hatten sie noch in voller Eintracht den Geburtstag der Frau gefeiert. Vorigen Abend jedoch kam es wieder zu einem heftigen Austritt, weil der Mann nicht so viel Geld gab, noch hatte, als die Frau erwartete. Es kam aber bald wieder zur Ausöhnung, bis gestern morgen plötzlich die Katastrophe eintrat. Die Mutter der Frau, die in der Alten Jakobstraße wohnt, hatte gestern Geburtstag. Frau S. hatte ihr eine englische Pelargonie gekauft und ihre Kinder heute früh bereits angestellt, um mit ihnen das Geburtstagsgeschenk zu überbringen. Die Freude der Kleinen auf den Besuch bei der Großmutter sollte ein furchtbares Ende nehmen. Den Anlaß gab eine Richtigkeits. Sogolewski wollte von der Pelargonie einen Keim abgeben, während seine Frau befürchtete, daß die Blume eingehen könnte. Es gab Streit, der wieder so heftig wurde, daß der Mann im Zorn seine Frau ohrfeigte. Als er auf Arbeit gegangen war, begab sich die Frau in leidenschaftlicher Aufregung zu einer Nachbarin, Frau Mann, und schüttete ihr ihr Herz aus. Frau Mann bot alles auf, sie zu beruhigen, und besawor sie, keinen ungelassenen Schritt zu thun. Sie glaubte auch, ihr Ziel erreicht zu haben, und ging zum Bäcker, um das Frühstück zu holen. Während dessen ging Frau Sogolewski in ihre Wohnung, kam mit ihren vier Kindern bald wieder heraus und ging mit ihnen, die nichts ahnten, die Treppe des Quergebäudes hinauf und im Vorderhaus wieder hinauf, bis zum Flurfenster im vierten Stock. Dort rief sie das Fenster auf und warf blitzschnell ihre drei ältesten Kinder auf das Pflaster des Hofes hinab. Ein Wäderegele hörte zuerst das Aufschlagen der Körper auf das Pflaster, nach ihm auch andere Hausgenossen. Sturz vor Entsetzen blühten die Leute noch auf die mit zerbrochenen Gliedmaßen daliegenden Kinder, als ihnen auch schon die Mutter mit dem jüngsten Kinde im Arm nachgesprungen kam. Sofort wurde die Rettungswache von Weibchen und die nächste Inhabstation alarmiert. Ärzte waren bald zur Stelle, konnten aber nicht viel mehr helfen. Der älteste Sohn gab noch schwache Lebenszeichen von sich, starb aber bald. Die andern Kinder waren gleich tot, das jüngste unter der Mutter ebdriickt. Diese lebte noch und wurde bewußlos mit einer Tragbahre nach dem Krankenhaus Weibchen gebracht. Ob sie mit dem Leben davonkommen wird, ist sehr zweifelhaft. Sie hat schwere Verletzungen am Kopfe, komplizierte Brüche des rechten Armes und schwere innere Verletzungen davongetragen. Auch die Kinder wurden einweilen mit einem kindlichen Rettungswagen nach Weibchen gebracht, wo allerdings nur noch der Tod aller vier festgestellt werden konnte.

Zu der Familientragödie wird nachträglich noch mitgeteilt, daß auch die schwerverletzte Frau wohl kaum mit dem Leben davon kommen wird. Ihr Befinden war gestern Abend unverändert und andauernd schlecht. Die Leichen der vier Kinder wurden gestern, nachdem der Tod festgestellt war, gleich mit dem kindlichen Wagen nach dem Schauhaus gebracht. Der Streit am Donnerstagsabend entstand aus einer Verlegenheit gegenüber dem Vollziehungsbeamten, der die fälligen Steuern einzuziehen wollte und den die Frau nicht befriedigen konnte.

Der Brief eines Harmlosen. In einem von dem früheren Regierungs-Referendar Dr. v. Kasper aus Punta Arenas (Chile) an einen hiesigen Freund gerichteten Brief finden sich folgende interessante Stellen: „Ich habe gehört, daß der Harmlosen-Prozess noch einmal zur Verhandlung gelangen wird. Obwohl es für mich ungenügend wäre, nachdem einmal ungeliebte Verhältnisse meiner Beamtenlaufbahn ein jähes Ende bereitet haben, wieder eine eben ergreifende, solide und hoffentlich nicht erfolglose Thätigkeit in Grund und Boden ruiniert zu sehen, werde ich mich dennoch einer erneuten Verhandlung nicht entziehen. Inzwischen habe ich die ganze Ostküste von Südamerika, von Pernambuco bis Feuerland, faufmännisch bereist, Farnen und Plantagen besucht, ganz Ungarn durchquert und je vier Wochen in Rio de Janeiro und Buenos Aires angestrengt für die Zwecke meiner Gesellschaft gearbeitet. Jetzt soll ich nach Europa mit Berichten und Projekten, um dann baldmöglichst und dauernd nach Südamerika zurückzukehren. Die gesund aufstrebenden Zustände in Südamerika bieten jeglicher Art von Unternehmungen, sei es auf kommerziellen, kolonialistischen, journalistischen oder auf welchem Gebiet sonst immer die größten und sichersten Chancen, sobald ernste, sachverständige Arbeit auf solider Basis zielbewußt vorgeht.“

Das soll am Ende heißen, daß man in Südamerika nicht „unbar“ spielen darf.

Der mutmaßliche Mörder Tiedes verhaftet. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde infolge des verifizierten Signalements gestern Abend in Eberswalde der Arbeiter Krüger als mutmaßlicher Mörder des zwischen Wernuchen und Wesenahl ermordeten aufgefundenen Mannes Tiedes verhaftet. Der Verhaftete hatte auf den Namen Karl Schmidt lautende Papiere bei sich, bei ihm wurde das Fahrrad und die Uhr des Ermordeten vorgefunden.

Trinkerheilstanstalt. Die von dem Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke mit dem Charakter einer Volksheilstätte errichtete Berliner Trinkerheilstätte bei Büschwalde wird Anfang Juli ihrer Bestimmung übergeben werden. Der Pensumspreis ist auf 100 M. monatlich festgesetzt; Krankenkassen, Landarmenverbänden, Landesversicherungsanstalten, Kommunalbehörden, Berufsvereinigungen usw. werden auf Grund besonderer Beiträge Pflögeplätze gewährt, die den Berliner Sägen für Kassenkranke entsprechen. Die Aufenthaltsdauer wird auf mindestens 8 Monate bemessen.

Das Befinden des Holographen Pflaum. gegen den von seinem Lehrling der ausfährlich geführte räuberische Ueberfall verübt wurde, ist durchaus befriedigend. Herr Pflaum hatte gestern bereits die Absicht, einen längeren Spaziergang zu machen. Der mit dem Beil geführte Schlag traf mit der Breitseite den Kopf und glitt ab, so daß die dadurch entstandene Wunde nicht gefährlich war. Die übrigen ziemlich belanglosen Wunden hat sich dann Herr Pflaum beim Ringen mit seinem Gegner zugezogen.

Polizeilicher Schutz für die Chinesen. Ein Berichterstatter schreibt: In der Nähe der chinesischen Gesandtschaft am Königsplatz kann man seit einigen Tagen mehrere Kriminalhauptleute beobachten. Wie wir erfahren, hat es hiermit folgende Bewandnis: Bei der Gesandtschaft lief Anfang dieser Woche ein Schreiben ohne Unterschrift ein, welches eine Art Drohbrief darstellte. Der Schreiber ermahnte die Gesandtschaft, recht bald die Verlegung der Zwischentüren im Heimatlande zu veranlassen, da sonst die in Berlin lebenden Chinesen z. z. ! Das Schreiben wurde der Polizei zugefandt, und die Folge war die Kommandierung von Kriminalhauptleuten zur Bewachung des Gesandtschaftsgebäudes. Ferner wurde angeordnet, daß die uniformierten Schutzleute die sich auf den Straßen bewegenden Chinesen im Auge zu behalten haben, um erforderlichenfalls sofort eingreifen zu können.

Wenn diese Mitteilung auf Wahrheit beruht, dann scheint die Polizei den Chauvinismus der Berliner bedeutend zu überschätzen.

Ein entsetzlicher Anblick bot sich am Freitagvormittag in der Danzigerstraße dr. Am Eingange zur Weidenburgerstraße, wo sich die Existenz der Nixdorfer Linie befindet, rannte infolge falschen Bremens ein elektrischer Wagen so heftig gegen das Pferd eines einspannigen Pferdeabfuhrwagens an, daß das arme Tier überfahren wurde und der „Elektrische“ aus den Schienen sprang. Dem Pferde war mehrfach der Vorderfuß gebrochen und es krümmte sich unter entsetzlichen Schmerzen. Mit Mann hatten große Mühe, den Gaul unter dem schweren Wagen hervorzuholen. Leber 1 1/2 Stunden hatte das verwundete Tier dann noch auf der Straße auszuhalten, bis es endlich der Rohschlächtere in der Greifswalderstraße überwiesen wurde.

Auf der Straßenbahn verunglückt ist gestern, Freitagvormittag um 11 Uhr der 49 Jahre alte, aus Thüringen gebürtige

Bäder August Scheiding, der seit dem 7. d. M. in Berlin ist und in der Herberge in der Auguststraße wohnt, nachdem er vorher bei Nummelsburg in Pommern als Hofgänger beschäftigt gewesen war. Scheiding wurde vor dem Hause Frankfurter Allee 100 von einem elektrischen Straßenbahnwagen umgefahren und fünfzehn Schritt weit geschleift. Er zog sich eine schwere Quetschung des linken Hüftgelenks und Abschürfungen am Kopf und an den Schenkelbeinen zu, erhielt auf der Rettungswache I einen Verband und mußte dann mit einem kindlichen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Feuerbericht. Der Löschzug 8 wurde Freitagnachmittag nach Reichensbergerstr. 72 gerufen, wo ein Kind von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren war. Das Kind wurde von der Feuerwehr zwar noch lebend unter dem Wagen hervorgezogen, verstarb aber auf dem Transport zur nächsten Sanitätswache. — Vormittags brannte Wäckerstraße 37 Gerimpel im Keller. — Donnerstagsabend war in der Beustelstraße ein Bauzaun böswillig in Brand gesetzt, doch konnte der Thäter nicht ermittelt werden.

Aus den Nachbarorten.

Die Leiche des bei dem Bootunglück auf der Oberspree am Montag verunglückten Mechanikers Carl Franke ist jetzt von Hirschberg gelandet worden. Wie uns noch mitgeteilt wird, haben sich an dem Rettungswert außer Herrn Cohn noch mehrere Personen, so die Herren Bootsman Schwandt, Buffetier Kammla, Bademeister Rehbinder und Bootsverleiher S. beteiligt.

Die Eröffnung der Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Paris wird demnächst erfolgen. Die Leitungen von Berlin bis zur französischen Grenze sind bekanntlich schon seit Monaten betriebsfertig hergestellt. Auch die beteiligte Ober-Postdirektion hat jetzt berichtet, daß die besonderen Vorkehrungen, welche zur Eröffnung des Sprachverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich seitens des Reichs-Postamts angeordnet worden waren, getroffen sind. Von deutscher Seite steht der Eröffnung des Betriebs nichts mehr im Weg. Dem Vernehmen nach ist auch der französische Teil der Verbindung fertiggestellt. Eine amtliche Nachricht darüber ist jedoch in Berlin noch nicht eingegangen. Offenbar ist die französische Telegraphen-Verwaltung noch mit den Vorbereitungen für die Eröffnung des Fernsprechbetriebs beschäftigt.

Gerichts-Beilage.

Die Ausschreitungen am Rosenthaler Thor. In dem Prozesse betreffend den Anfall am Rosenthaler Thor wurde gestern die Beweisnahme zu Ende geführt. Die Zeugenvernehmung bewegte sich in demselben Rahmen wie am ersten Verhandlungstage. Bei dem argen Durcheinander, welches bei derartigen Menschenansammlungen herrscht, war es den als Belastungszeugen auftretenden Schülern nicht immer möglich, das, was sie mit ihren eigenen Sinnen wahrgenommen, streng von dem zu unterscheiden, woran sie nur Schlussfolgerungen zogen. Die Vertreibung sämtlicher dieser Punkte besondere Aufmerksamkeit. So hatte sie als Sachverständigen den Hofbühnenmacher Varela laden lassen, welcher bezeugte, daß man sich über die Himmelsrichtung und die Entfernung, aus der ein Schuß abgefeuert worden sei, leicht irren könne und daß auch der Anfall eines Revolvers mit dem von einem Explosionsstoff herrührenden Leucht verwechselt werden könne. Die Angeklagten blieben dabei, daß man in ihnen die nicht bei den Ausschreitungen thätig Gewesenen ergriffen habe. Einer der Angeklagten, der mit einem Stein gegen den Straßenbahnwagen geworfen haben sollte, behauptete, daß es nur ein Ulgarrensummel gewesen sei, den er „im Wogen“ fortgeworfen habe. Der jüngste Angeklagte, der 13 jährige Schüler Bruno Müller hatte sich ebenfalls an dem Werfen mit Steinen beteiligt. Als er von einem Schuttmann ergriffen wurde, trat die Wutge für ihn ein, der Beamte war argen Mißhandlungen ausgesetzt, bevor seine Kollegen ihn zur Hölle kommen konnten. Einer der Angeklagten, der Arbeiter Behrmann, entschuldigte sich mit Trunkenheit. Von einer Aufforderung der Schlichter an die Menge, auseinanderzugehen, will er ebenfalls gehört haben, wie einer der übrigen Angeklagten.

Die Verhandlung wird heute zu Ende geführt werden.

Der Uberglaube im Lande der Denker. Heute, wo in Berlin der Prozess Jände die Oeffentlichkeit beschäftigt, verdient eine Gerichtsaffäre, in der jetzt vom Reichsgericht das letzte Wort gesprochen worden ist, besondere Beachtung. Das Landgericht Nürnberg hat am 29. März die Reichsanwalt-Heftan Margarete Bixthum wegen Aufforderung zur Begehung eines Mordes an ihrem Ehemann zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte bot der Räuberin Schön 100 M. und ein selbendes Kleid und der Brotbäckerin Johanna Ehrhardt 50 M., wenn sie ihr ein Panzermittel gäben, durch welches ihr Mann zum Leben zum Tod gebracht würde. Sie war des Glaubens, daß diese beiden Damen wirklich im Besitz solcher Panzermittel seien. Ihr Mann ist, wie es im Urteil heißt, ein Säuer und mondsüchtig, die Ehe deshalb eine unglückliche. Die Schön lieb an den Ehemann Bixthum von Berlin aus das „7. Buch Moiss“ senden und wollte dadurch den Teufel veranlassen, den Mann der Angeklagten zu holen. Schließlich weckte aber die Angeklagte doch, daß der Teufel ihren Mann nicht hole, und wurde argwöhnisch. Die Schön gab ihr noch mehrere Mittel, die sie bei sich tragen sollte, und empfahl ihr die Ehrhardt. Bei dieser ließ sich die Angeklagte zuweilen die Karte schlagen und fragte dann, ob sie, die Ehrhardt, ihren Mann aus dem Leben schaffen könne. Die G. gab ihr schließlich ein Glaschen mit einer braunen Flüssigkeit, die sie bei sich tragen sollte. Zu 7-13 Tagen, sagte sie, sei der Mann dann tot. Da er aber auch nach mehreren Wochen noch immer lebte, kam die Angeklagte zu der „Ueberzeugung“, daß die Ehrhardt doch nicht Macht genug hätte. — Das Landgericht hat die Schön und die Ehrhardt wegen Betrugs verurteilt, da sie den Glauben der A., sie könnten durch Sympathiemittel deren Mann töten, genährt haben. Die A. wurde, wie erwähnt, der Aufforderung zum Mord für schuldig befunden. — Die Revision der Bixthum kam am Donnerstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Die Angeklagte verlangte ihre Freisprechung oder Verweisung der Sache an das Schwurgericht. — Der Reichsanwalt beantragte die Verurteilung der Revision. Festgestellt sei, daß die Schön und die Ehrhardt nicht gewillt waren, etwas zu thun, was den Tod des Ehemanns Bixthum hätte herbeiführen können. Daher könne Anstiftung zum Mord nicht angenommen werden, und das Verlangen der Angeklagten, vor das Schwurgericht gestellt zu werden, erscheine ungerechtfertigt. Der § 49a sei nach seiner Meinung richtig angewendet. — Die Entscheidung des Reichsgerichts lautete wie folgt: Das Urteil wird aufgehoben und die Angeklagte Bixthum von der gegen sie erhobenen Anklage freigesprochen. Es wurde angenommen, daß in dem festgestellten Thatbestande keine Aufforderung zu einem Mord zu erblicken ist, da der Mord mit übernatürlichen, immateriellen Mitteln nach dem Willen der Angeklagten ausgeführt werden sollte, das Reichs-Strafgesetz aber nur materielle Mittel voraussetzt.

Unzulässige Polizeiverordnung. Der Amtsvorsteher von Adlershof hatte in einer einfachen Bekanntmachung angeordnet, daß bestimmte Wege von Radfahrern nicht benutzt werden dürften. Der Radler Evered handelte dieser Anordnung zuwider und wurde deshalb mit einem Strafmandat bedacht. Das Landgericht als Verurteilungssinstanz sprach ihn jedoch mit der Begründung frei, daß jene Bekanntmachung keine Rechtskraft habe, weil sie nicht in der Form einer Polizeiverordnung und ohne Zustimmung des Amtsvorsteheres erlassen worden sei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und beantragte beim Kammergericht, die Vorentscheidung aufzuheben und G. zu einer Geldstrafe zu verurteilen. Der Oberstaatsanwalt schloß sich diesem Antrage an, indem er folgendes ausführte: Die unteren Polizeibehörden hätten durch eine Oberpräsidialordnung unbeschränkte Vollmacht erhalten, bestimmte Wege

für den Radfahrerverkehr zu verbieten. Unter diesen Umständen brauchten die Polizeibehörden für Bekanntmachungen der fraglichen Art nicht die Form von Polizeiverordnungen zu wählen. Der Straffenant des Kammergerichts verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der Senat habe allerdings früher die Aufsicht der Staatsanwaltschaft geteilt. Jetzt nehme er indessen an, daß die Befugnis der unteren Polizeibehörden, einzelne Straßen für den Radfahrerverkehr zu verbieten, nur ausgeübt werden könne durch den ordnungsmäßigen Erlaß von Polizeiverordnungen. Die hier angelegene Anordnung des Amtsvorstehers von Adlershof sei somit rechtswidrig und die Freisprechung des Angeklagten gerechtfertigt.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den 5. Wahlkreis fand am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung in der Rosenthalerstraße statt. Redacteur Ströbel hielt einen interessanten Vortrag über „Die allgemeine politische Lage“ mit besonderem Hinweis auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Ostasien. Unter Vereinsangelegenheiten erfuhr die Vorsitzende Ziegeviß die Mitglieder um sofortige und genaue Angabe ihrer Adressen bei Wohnungsveränderung, da von den unlangst an die Mitglieder ergangenen Einladungen eine sehr erhebliche Zahl von der Post beim Vorhand als unbestellbar zurückkam. Die beim heutigen Sommerfest des 5. Wahlkreises in der „Brauerei Friedrichshain“ mitwirkenden Genossen werden ebenfalls ersucht, frühzeitig zu erscheinen, um alle Störungen in der Ausführung zu vermeiden. Ferner werden alle diejenigen Genossen, welche noch im Besitz von, an die Mitglieder gratis zu verteilenden Parteifchriften sich befinden, ersucht, diese unverzüglich an den Vorstand abzuliefern. Eine von Hildebrandt beantragte Resolution, die Preshommission zu veranlassen, daß im „Vorwärts“ keine Anzeigen von Arbeitsgesuchen aufgenommen werden, wenn in dem betreffenden Beruf eine Organisation mit gut eingerichtetem Arbeitsnachweis besteht, zeitigte eine ganz unerwartete und lebhafteste Preshommission über die Gewerkschaftsfrage. Ziegeviß erwidert diesen Antrag für überflüssig, da diese Frage schon des öfteren in der Preshommission genügend erörtert worden sei. Liepmann erklärte sich in demselben Sinne ganz entschieden gegen den Antrag, da eine derartige Kontrolle nicht nur äußerst schwierig, am Ende doch zwecklos sein würde. Auch könnte er darin keine Empfehlung der neutralen Gewerkschaften erblicken. Würde der „Vorwärts“ diesem Antrag gemäß verfahren, dann sei es fast unmöglich, die Arbeitsnachweisanzeigen für den „Vorwärts“ zu erlangen. Treffender könne aber der innere Widerspruch der „neutralen“ Gewerkschaften gar nicht gekennzeichnet werden! Aber weil diese Idee von Bebel, der auf gewerkschaftlichen Gebiet gar keine „Autorität“ sei, ausgesprochen wurde, glaubt plötzlich ein jeder in den „neutralen“ Gewerkschaften den Stein der Weisen gefunden zu haben. Man möge doch bedenken, daß fast alle bisherigen Lokalkämpfe, wie auch der Kampf der Straßenbahner, ausschließlich nur von socialdemokratischen Genossen und geleiteten Gewerkschaften geführt wurden. Lebensfalls werde man bald zu anderer Einsicht gelangen. Er wie Barle sind übrigens der Meinung, daß die Gewerkschaften die beantragte Kontrolle selbst ausführen könnten. Weis erklärt sich in längeren Ausführungen gegen Liepmann, in der Meinung, daß namentlich die centralen Gewerkschaften bereits seit 10 Jahren die „neutrale“ Taktik verfolgen. Liebrigs sei wohl jeder Lokalkampf, wie der der Straßenbahner, „revolutionär“, indem die dadurch aufgerichteten Berufsvereine zum größten Teil doch Socialdemokraten würden. Sassenbach erklärt sich ebenfalls gegen Liepmann für den Antrag, den man nur als Ausdruck längerer und reiflicher Erwägung bezeichnen könne, um die Organisationen zu schärfen! Kath als Mitglied der Preshommission erklärt sich im Sinne Liepmanns ebenfalls gegen den Antrag, der nach einigen Erwiderungen aller genannten Redner mit allen gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Antrag Rud.: Die als Führer durch das neue Invalidenversicherungsgesetz bezeichnete Proschke an die Mitglieder des Wahlvereins gratis zu verteilen, wurde nachdem sich Schroll und Wels dagegen erklärt hatten, ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag Lägerer: Die Freigabe der Preshommission für Vergütungen zu erwidern, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden der Lokalkommission überwiesen, woraufhin Schluß der Versammlung erfolgte.

Der Socialdemokratische Wahlverein für Reinickendorf und Künigsee hielt am 16. d. M. im Wirtschaft „Zur Tanne“ seine Mitgliederversammlung ab. Genosse F. Kogke hielt einen Vortrag über: „Aus der Geschichte Englands“. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte um 11 1/2 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

In Adlershof fand am Sonnabend, den 16. d. M., eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Adolf Hoffmann sprach über die „Lex Felze und die städtischen Emporien“. Zum Schluß forderte Referent die Arbeiterschaft von Adlershof auf, sich der hier bestehenden Organisation anzuschließen. In der Diskussion sprachen Inf. Hildebrandt und Reier, der zum Austritt aus der Landesliste anforderte. Ein vorliegender Antrag konnte nicht erledigt werden, da der überwachende Beamte die Versammlung wegen der eingetretenen Polizeistunde für aufgelöst erklärte.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Adlershofstr. 27: Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vorwiegend ebenfalls Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Fortentwicklung des Materialismus“. Gghe, Damen und Herren sehr willkommen.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Hilale Adlershof). Versammlung am Sonnabend, den 23. Juni, abends 9 Uhr, Reichenstr. 69 bei Prehler: Berichterstattung von der Generalversammlung. Remwall der Dreierverwaltung.

Vorstand der Elektromonteur- und Berufsvereine Berlin und Umgebung. Heute 8 1/2 Uhr Sitzung und Vortrag im Restaurant „Zum alten Plättchen“, Schillingstr. 36.

Berliner Cognatanten-Gemeinde. Sonntag, 24. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20: Vortrag von Dr. Eduard Wewenthal: Glaube und Wissen, Landesstraße und Cognatanten.

Vermisches.

Aus Rom wird berichtet: Hier herrscht wiederum große Erbitterung. Anlaß dazu gab die Verhaftung einiger Leute durch nicht im Dienst befindliche Soldaten. Gestern traf der Befehl ein, daß das Militär auf unbestimmte Zeit hier zu verweilen habe. Demzufolge erhalten die Waisenkassen dieser Tage neue Montierungsstücke nachgeliefert. Infolge der Ausreise des Patrosen Brante wird gerichtsbehördlich wiederum nach den beiden Personen gesucht, die bei dem Schneidermeister Pflaß und andren Bürgern an dem Nordlage zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags in Gesellschaft des Winters in der Danziger Straße gesehen worden sind. Die eisdlichen Vernehmungen dauern fort, doch ist es sehr schwer, Tatsachen zu erfahren, zudem die Vertreter der Presse wenig zuvorkommend behandelt werden. Der verbotene Jahrmarkt wird nach einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten am 5. Juli stattfinden, allerdings unter außerordentlichen militärischen Vorkehrungen. Der Geh. Ober-Regierungsrat Raubach erhielt zahlreiche Zuschriften, so auch eine von dem Vorstand der deutsch-italienischen Gemeinde zu Jenzufalen. Seine Anwesenheit hier hat vornehmlich den Zweck, sich gründlich zu unterrichten, damit er später bei einer Interpellation im Reichstag Auskunft geben kann. Auf kommissarischen Bericht an den Minister des Innern ist Kriminalkommissar Klatt aus Berlin in Rom eingetroffen. Man spricht auch davon, daß der „journalistische Drahtverkehr“ unter Censur gestellt werden soll.

Die Eröffnung der Schifffahrt auf dem Elbe-Trave-Kanal hat am Dienstag ihren Anfang genommen.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg.

Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken.

66 eigene Verkaufshäuser in allen grösseren Städten Deutschlands.

Weltbekannt
sind unsre Fabrikate

durch
ausserordentliche Haltbarkeit,
durch
vorzügliche chice Passform,
durch
unerreicht billige, feste Preise,
durch
unübertroffene Leistungen
auf dem Gebiete
der Schuh-Industrie.

Prämiiert
mit der goldenen Medaille 1893.

Goodyear-Welt (System Handarbeit)
eignes Fabrikat,
der beste Stiefel der Gegenwart.



Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.

Verkaufshäuser in Berlin
unter eigener Firma:

- 50 Andreasstrasse 50.
- 29 Beusselstrasse 29.
- 1 Danzigerstrasse 1.
- 139 Frankfurterstrasse 139.
- 240 Friedrichstrasse 241.
- 65 Oranienstrasse 65.
- 50 Potsdamerstrasse 50.
- 14 Rosenthalerstrasse 14.
- 15 Spittelmarkt 15.
- 37 Turmstrasse 37.
- 22 Wilsnackerstrasse 22.

Charlottenburg:
122 Wilmersdorferstr. 122.

Rixdorf:
30/31 Bergstrasse 30/31.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Kein Verkauf. Sehr harte Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen.
Hinten u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Kleinhüte u. Kapp-
nähte. Beste Leder-Pilot-Taschen,
die Hose

(bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.) **4 Mk. 50**

Gut indigoblaues Jackett für
Machinisten, Monteur etc. 1 Mk. 90
Gut indigoblaue Hose bis 1 Mk. 50
Prima Mandacher-Hose 8.-, 5.50, 3.50
Gefüttert. Mandacher-Jackett 13.-, 9.-
Kerze-Rittel, gebleicht. Reffel 2 Mk.
Wasser-Rittel in Weissen-Rot 2 Mk. 25
Wasserrittel (braun) 2 Mk. 40
Weisses Leder-Jackett, ge-
füttert, zweireihig 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 15 te Preisliste 1900 über gesamte
Hercen- und Knaben-Bekleidung (Auf-
lage 1 Million) wird kostenlos und
postofrei zugesandt.
Versand von 20 Mk. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 40992*

Waldemarstr. 75. (4006L*)
Mehrere Sonnabende u. Sonntage
im Juni, Juli zu vergeben.

M. Schulmeister

en gros Schneldermester en detail 48362*
Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge von Mk. 15 an | Badfahrer-Anzüge von Mk. 11 an
Rock-Anzüge 23 | Jünglings-Anzüge 12 an
Cashemir- und Fäure-Jacketts von Mk. 2,- an
Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,- an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng feste Preise.

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für
30 Mk. fertige feine Sommer-Paletots
nach Maß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (fehl. Laden).

Zu dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin
von
Wilhelm Müller, Gericht-Strasse Nr. 10, am Hochplatz,
laufen Sie

Komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen,
sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht
erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung. (46335*)

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen i. M. Plomben 1,50 M. Tellr. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Vorsicht!

Malzkaffee

sollte nur in plombierten Paketen mit dem Bilde des
Prälaten Kneipp als Schutzmarke gekauft werden — dann
nur hat man die Garantie, den wohl-schmeckenden und
bekömmlichen echten Malzkaffee aus Kathreiners
Malzkaffee-Fabriken zu erhalten. Die andren sogen.
Malzkaffees, besonders die lose ausgewogenen, sind nur
gebrannte Gerste oder einfach geröstetes Malz, die sich mit
dem von vielen ärztlichen Autoritäten als besten Kaffee-Ersatz
empfohlenen Kathreiners Malzkaffee gar nicht messen können.

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Sportwagen. „Baby“, Brunnen-
straße 92. Teilzahlung gestattet, bei
großen Raten Kaufpreise.

Verkäufe.

Cigarrengeschäft. billige Preise,
schöne Wohnung, verkauft Kreuzberg-
straße 45. (15616)

Restaurant (Zahlstelle) ist so-
fort billig zu verkaufen. Näheres
Bismarckstraße 63 im Schaufenster.

Restoration. Schönere Fabrik-
geschäft mit kleinem Garten, neun
Jahre selbständig, verkauft Dacht,
Chausseestraße 52. (1490)

Elegante vorjährige Herrenhosen
feine Stoffe 10-12 Mark. Verkauf
Sonnabend und Sonntag. Verlan-
dung Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. (1390*)

Segeln. Schiffsstraße 76. Ude
Hendrichsstraße: Lager fertiger
Herren-, Knaben- und Arbeiter-
Garderober. Anfertigung nach Maß
zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten. prosovoler Stand, 12,00,
zweischläfrig 10,50. Gubenstraße 3,
Flantheide. (1450*)

Betten. Strobbetten, Gardinen
spottbillig Verkauft Alexanderstraße 6.

Remontoirbrennen. Regulatoren
spottbillig Verkauft Alexanderstraße 6.

Teppiche mit Gardenschirmen,
Fabrikneubereite Große Frankfurter-
straße 9, parterre. (1390*)

Milchgeschäft mit Kasse verkauft
Krazer, Müllerstr. 163a. (1178b)

Wettstellen. „Baby“, Reinchen-
dorferstraße 24. Teilzahlung gestattet,
bei großen Raten Kaufpreise.

Teppiche. spottbillig Pfandtheil
Alexanderstraße 6. (1178b)

Möbel, neu und gebrauchte, auch
Teilzahlung. Römer, Seebastianstraße
Nr. 81. (1470b)

Damenbänke billig Hüth, Wein-
bergweg 13b. (918b)

Fahrräder, erstklassig zu Groß-
preisen (auch Teilzahlung). Mühl-
lager, Kommandantenstraße 46 I. *

Fahrräder. Teilzahlung, mächtige
Anzahl. Lager vierhundert Ma-
schinen, Bahnräder, 18 Pfund,
Straßenrenner, Turus-Damenräder,
Zweiflügel, Kinderräder, Anhängenauer
direkt aus Fabrik „Zuperial“ Dissen-
bachstraße 33. (1802*)

Fahrräder, erstklassige Marken,
zwei Jahre Garantie, billige Teil-
zahlungen gestattet. Reparatur-Werk-
statt. Landens und Einführer werden
verliehen. Gefährliche Räder, gut er-
halten, billig. Carl Fischer, Deufel-
straße 9. (1188*)

Mähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark,
Bohler, Landsberger, Landberger-
straße 3b, kein Laden. (15625*)

Gastocher. Sparsystem, Jueloch
6,00, Dreiloch 10,00, Gasdröfen 12,00,
Waschplättchen, Schneider-Ägelpar-
ate billig. Teilzahlung. Wohlfahrer,
Ballner-Theaterstraße 32. (kein
Laden.) (1555b)

Absejnen Feld-, Gartenbrunnen,
Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billige-
Karl Kaufmann, Wallenhoffstraße 19,
am Urban. (21/18*)

Junge Stiere, eine Mark, lernen
sprechen, preislos. Futter, Köpfe
Oranienstraße 87, Vogelhandlung.

Bauerschäber 45 Flaschen 3 Mark,
Brauerei Kreuzstraße 63. (12325)

Stieppdecken am billigsten Hadrit
Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Charlottenburg. Kolonialwaren,
Öhl, Gemüsegeld, Milch und
Vollkorn, Kohlen, billige Preise,
andere Unternehmungen halber zu
verkaufen Weinstraße 82. *

Mähmaschine 15 Mark Berman-
straße 91, Hahn. (1583b)

Schankgeschäft, seit neun Jahren
bestehend, sofort zu verkaufen Meierei-
straße 9. (1577b)

Drehrolle (System Thiele) sofort
zu verkaufen. Näheres zu erfahren
bei Hinz, Georgenstraße 47, oder
Wartenberg, Joachimstraße 14. (83/20)

Fahrrad, gut erhalten, verkauft
preiswert Schulze, Hagenauerstraße 14.

Gelegenheitskauf. Wenzelbauer-
Bücher, neu, 10 Mark, Kollitzer 7,50.
Vamprecht, Wasserthorstraße 15. (1575b)

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Jastion, Alte
Jafobstraße 24. Neuer Abendkursus
zur Ausbildung zum Elektromonteur
in Theorie und Praxis nach be-
währter Methode beginnt 2. Juli. Vor-
kenntnisse nicht erforderlich. Anmeldung
täglich, auch Sonntags. (207R*)

Rechtsanwalt erzieht Knab, Kup-
ferstraße 41. (1470*)

Insaffachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Pügger, Steglitzer-
straße 66. (1300b*)

Rechtsbureau. Kreuzstraße 63,
(neben „Konordia“). Auch Sonn-
tags. (1561b)

Vollversicherung. höchste Provi-
sion, sofort disponibel. Subdirektion
Kaiser Wilhelmstraße 30 III. Sprech-
stunde 9-4. (1551b)

Feuer. Einbruchdiebstahl, 3,75
Mark zahlt Subdirektion Kaiser
Wilhelmstraße 30 III. (1552b)

Violin. Klavier, Pflanz, Cello.
Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranien-
straße 118.

Buchbinder-Arbeit jeder Kr-
ferfertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülow-
straße 56, 2. Hof parterre. (2387b)

Uhren repariert Wilhelm Flade,
Uhrmacher, Butdlerstraße 45. (146*)

Fahrrad. Reparaturen fertigt
Zimmer, Kreuzstraße 70. (1478b)

Fahren jeder Art sehr billig
Otto Damsel, Hedemannstr. 2, Kohlen-
handlung. (982b)

Zahl und Reinigungsmittel empfiehlt
Jannasch, Ankerstraße 10. (2006*)

Bereinszimmer empfiehlt Ver-
alte Jafobstraße 119. (288K*)

Bereinszimmer empfiehlt Hagen-
wipstraße 16. (1560b)

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Schlafzimmer an zwei
Herren Elisabethstr. 44, Hof 2 Tr.,
Beuel.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Prinzen-
straße 111, vorn II. Imfs. (1502b)

Fremdliche Schlafstelle für Herrn
bei Jergang, Postenstr. 13. (1582b)

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlflächter bietet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Gieser, Wuladstraße 27. *

Stellenangebote.
Tüchtige Farbigmacher bei dauer-
nder Beschäftigung verlangt Goldleichen-
fabrik Alexandrinenstraße 25. (1453b)

Farbigmacher und Farbig-
macherinnen verlangt Max Reinhard,
Goldleichenfabrik, Schleifstraße 31.

Farbigmacher, Berlin verlangt
langt Schulze, Oranienstr. 185. (1570b)

Gebirger Arbeiter zum Spritzen
von Ganimi-Adern per sofort gesucht.
Offerten unter Chiffre L. 8. an
Kugler, Große Frankfurterstraße 36.

Plätterinnen. Heilmische, Koll-
wische, sofort. Dampfdruckerei,
Wasserthorstraße 50. (1549b)

Unterrock. Arbeiterinnen, Rund-
hüt, verlangt Schulz, Große Frank-
furterstraße 14. (2092*)

Mädchenjackett. Arbeiterinnen
verlangt Gulze, Frankfurter Allee 16.

100 Jackett-Arbeiterinnen verlangt
Kriewe, Kaumerstraße 21, Bornbor-
straße 21 und Gerichtstraße 31 bei
Kramer. (1542b*)

Mamfell, geübt auf bessere Strick-
jacketts, hohe Preise, jeden Sonnabend
wird gerechnet, nur im Hause, verlangt
Lau, Weidenweg 29 III. (1559b*)

Mamfell, Jacketts, verlangt
Jedler, Rübendörferstraße 17 I. *

Stepperei auf Jacketts, Bahn bis
24 Mark, verlangt Lau, Weiden-
weg 29 III. (1558b*)

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorzuheben
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Sattler 24/9
auf Lederhülle sofort verlangt
Schellin, Wilhelmstr. 55.

Achtung!
Parkettleger,
Bauhandwerker!
Die Herren Danke-Peter
und Gölitz-Classen sind ge-
berrit!
Die Kommission.

Achtung, Bautischler!
In d. Bautischlerei v. Stelmatsch,
Wrangeistr. 56, haben sämtliche Tischler
wegen Differenzen die Arbeit nieder-
gelegt. Jung empfohlen.
09/17 Die Krisverwaltung.